

Dresdner Volkszeitung

Hauptschriftleitung: Dresden, Raden & Comp., Nr. 1288.

Organ der Vereinigten Sozialdemokratie

Hauptkontos: Gebr. Arnold, Dresden und Säch. Staatsbank.

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaften Dresden-Kreisstadt und Dresden-Litzsch

Abonnementpreis einschließlich Fracht und Porto für den Monat 1. Dezember bis 31. Dezember 1923 200 Mark. Einzelnummer 200 Mark. Telegramm-Adresse: Dresdner Volkszeitung.

Schriftleitung: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Sprechstunde nur wochentags von 12 bis 1 Uhr. Geschäftsstelle: Wettinerplatz 10. Tel. 25 281. Geschäftszeit von früh 7 Uhr bis 5 Uhr nachm.

Anzeigenpreis: Die Anzeigen werden nach Goldmark berechnet. Grundpreis: die 20 mm breite Nonpareilzeile 30 Pf., die 90 mm breite Reklamazeile 150 Pf. für auswärtige Anzeigen 35 und 200 Pf. Familienanzeigen. Stellen- und Mietgesuche 40 Proz. Rabatt. Für Kleinverlegung 10 Pf.

Nr. 281

Dresden, Dienstag den 4. Dezember 1923

34. Jahrg.

Zuspitzung auf Neuwahlen

Die Lage im Reich ist politisch, sozial und wirtschaftlich so zugeklüftet, daß auch der letzte parlamentarische Lösungsversuch mit dem Verlegenheitskabinett Marx nicht zum Erfolg führen kann. Es ist ein Widerspruch und ein Widerspruch, daß in einer demokratischen Republik die entscheidenden politischen Rechte für das Volk aufgehoben bleiben und die Militärdiktatur weiter regieren soll. Das aber fordert das Kabinett Marx als Voraussetzung seiner Amtsführung. Mehr noch. Die Regierung Marx will auch die Volksvertretung ausschalten und verlangt in einem Ermächtigungsgesetz Vollmachten, ohne den Reichstag alle ihr geeigneten Maßnahmen verfügen zu können. Das ist unerträglich. Entweder muß das Kabinett Marx im Interesse des schaffenden Volkes mit allen politischen Mitteln gestürzt werden oder das gesamte Volk ist durch Neuwahlen zu befragen. Es scheint, daß dem Reichstage als letzte Kraftleistung schließlich nur noch die Erzwingung seiner Auflösung übrig bleibt.

Das Kabinett Marx muß heute dem Reichstag um ein Vertrauensvotum ersuchen, ohne das es nicht regieren kann. Es tut das mit Vorlegung eines Ermächtigungsgesetzes, dessen Wortlaut man so ausgelegt konstatieren hat:

§ 1. Die Reichsregierung wird ermächtigt, Maßnahmen zu treffen, die sie im Hinblick auf die Not von Volk und Reich für erforderlich und dringend erachtet. Eine Abweichung von den Vorschriften der Reichsverfassung ist nicht zulässig. Die verlangten Verordnungen sind dem Reichstage und dem Reichsrat unverzüglich zur Kenntnis zu bringen. Sie sind aufzuheben, wenn der Reichstag in zwei Sitzungen, zwischen denen ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen muß, verlangt.

§ 2. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündung in Kraft. Es tritt am 15. Februar 1924 außer Kraft.

Es ist ein politischer Skandal, daß das Kabinett versucht, durch die Formel: „Abwechslung von der Reichsverfassung ist nicht zulässig“ den Reichstag und das Volk über den Charakter des Ermächtigungsgesetzes zu täuschen. Herr Marx und seine Kollegen wissen ganz genau, daß das Ermächtigungsgesetz an sich schon das Abweichen von der Verfassung ist. Ein solches Abweichen hat eine qualifizierte Mehrheit des Reichstages zur Voraussetzung, das heißt: es müssen zwei Drittel aller Reichstagsmitglieder bei der entscheidenden Abstimmung anwesend sein und von diesen wiederum zwei Drittel für das Gesetz stimmen. Die bürgerlichen Mittelparteien, die das Kabinett Marx tragen, haben keine Zweidrittelmehrheit, selbst nicht mit Einschluß der Deutschen Nationalen, denn die Sozialdemokraten mit ihren 173 Abgeordneten machen ja mehr als ein Drittel des Reichstages aus. Für das Ermächtigungsgesetz ist also der Weg im Parlament verbar — und daher der plumbe Trick, durch falschen Bericht des Gesetzes als „nicht“ von der Verfassung abweichend auszuweisen. Neuere Meldungen aus Berlin behaupten, daß eine Mehrheit im Kabinett neuerdings eingeschlossen sei, die Zustimmung fallen zu lassen. Die Reichstagsführung wird Klarheit bringen, jedenfalls muß die Sozialdemokratie das Kabinett Marx durchkreuzen. Wie die untenstehende Mittelteilnahme befragt, haben die Vertreter der Sozialdemokratie der Regierung bereits die Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes kundgegeben. Auch die Deutschen Nationalen sollen dem Kabinett das gleiche erklärt haben. Die Marx, Jarres und Stresemann werden demnach ohne Ermächtigungsgesetz fortzuführen müssen oder nach Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes den Reichstag auflösen. Die Ermächtigung des Reichspräsidenten zur Auflösung hat, so behaupten die Berliner Pressemeldungen, Herr Marx in der Tasche.

Aber wenn der Marxreiterismus auch das Vertrauensvotum einer einfachen Mehrheit der Mittelparteien, die knapp genug vorhanden ist, genügen sollte, um die Regierungsgewalt zu behalten, so kann ihres Werdens nicht lange sein. Sie würde prozesslos, falls sie zum Weiden eingeschlossen wäre, auf Grund des Artikels 48 der Verfassung alle Ausnahmemaßregeln erlassen, oder das müßte die Verwirrung und den Widerspruch im Volk noch steigern. So daß ein solcher Zustand nur kurze Zeit angehen könnte. Es scheint sich alles auf die Notwendigkeit einer baldigen Reichstagswahl zuzuspitzen. Erfolgt jetzt die Auflösung, so wären die Neuwahlen im Januar. Aber auch im anderen Falle wird es die Gesamtfraktionen verbleiben, die Neuwahl erst im Juni nach dem natürlichen Ablauf der Wahlperiode des Reichstages von 1920 vorzunehmen. Militärdiktatur und rechtsorientiertes Reichskabinett, das mit Artikel 48 „regiert“, werden zur schmerzlichen Gefahr für das Volk. Die Sozialdemokratie hat diese Gefahren aufzuzeigen und durch entscheidende Stellungnahme im Reichstage zu verhindern, das Schlimmste zu verhindern. Eine Auflösung des Kabinetts des Verlogenheitskabinetts oder gar eine Ermächtigung zu diktatorischen Maßnahmen für das Kabinett Marx müssen ausgeschlossen sein. Auf alle Fälle hat sich das schaffende Volk auf die Möglichkeit naher Reichstagswahlen vorzubereiten.

Ablehnung des Ermächtigungsgesetzes

Aus Berlin wird uns berichtet: Der Reichskanzler ersuchte die Genossen Hermann Müller und Breitfeld am Montag um eine Besprechung über die Verabschiedung des Ermächtigungsgesetzes. Die Unterredung erfolgte in Anwesenheit des Reichsfinanzministers,

der einen Überblick über die traurige Finanzlage des Reiches gab. Sowohl Müller wie Breitfeld, denen u. a. die Auskunft zuteil wurde, daß der Ausnahmezustand sofort nicht aufgehoben werde, erklärten, daß mit einer Zustimmung der sozialdemokratischen Fraktion zu dem von der Regierung geforderten Ermächtigungsgesetz nicht zu rechnen sei.

Thüringer Landeskonferenz

Weimar, 3. Dezember. (Eig. Draht.) Nach einem Referat des Staatsministers Genossen Frölich über die Reichs- und Landespolitik nahm die am Sonntag in Weimar abgehaltene Landeskonferenz der thüringischen Sozialdemokratie folgende Entschlüsse an:

„Die Landeskonferenz gibt der Landtagsfraktion und dem Bezirksvorstand zu der Lage in Thüringen folgende Richtlinien: Die Politik aller bürgerlichen Parteien Thüringens war bis jetzt ganz konsequent darauf eingestellt, die arbeitende Bevölkerung in politischer und wirtschaftlicher Beziehung in den Zustand der Rechtlosigkeit der Vorkriegszeit zurückzuführen. Das kommt besonders zum Ausdruck durch das Behalten der bürgerlichen Parteien und ihre Stellungnahme während des Belagerungszustandes.

Aus diesem Grunde bringt die Landeskonferenz zum Ausdruck, daß in der jetzigen politischen Situation eine Regierungskoalition mit den bürgerlichen Parteien nicht in Frage kommen kann.“

In einem Zusatzbeschluss zu Punkt 1 der Entschlüsse wurde festgestellt, daß keine Preisgabe von Genossen in der Regierung zugunsten einer Verständigung mit den Kommunisten in Frage kommen kann. Bei der gegenwärtigen parlamentarischen Lage in Thüringen bleibt als einziger Ausweg die Auflösung des Landtages und Neuwahlen übrig.

In der Diskussion kam eine starke Unzufriedenheit mit der Politik des Parteivorstandes und der Reichstagsfraktion zum Ausdruck und es wurde gefordert, daß die Möglichkeit einer späteren Zusammenarbeit mit den Kommunisten offen bleiben müsse. Von einzelnen Rednern wurde ebenso stark auf die Notwendigkeit der Bildung einer Koalitionsregierung mit den bürgerlichen Parteien hingewiesen. Es sei deshalb zu erörtern:

1. Versuch einer sozialistischen Regierung mit parlamentarischer Mehrheit;
2. wenn das nicht möglich ist, Weiterbestehen der gegenwärtigen Regierung, bis zur Beendigung des Ausnahmezustandes;
3. Landtagsauflösung und Landtagswahlen nur unter der Voraussetzung, daß der Ausnahmezustand aufgehoben wird.

Die Geheimakten Liebmanns

Die Enthüllungen der Leipziger Neuesten Nachrichten

Der Minister des Innern, Genosse Liebmann, hat heute einen Vertreter unres. Platzes empfangen, der ihn wegen der sensationell aufgemachten Veröffentlichungen der Leipziger Neuesten Nachrichten über die „Geheimakten des Innenministers Liebmann“ befragte.

Genosse Liebmann erklärte unserem Redaktionskollegen: Von Ende 1922 war ein 20-Millionen-Fonds für die Bekämpfung von Unruhen gebildet. Die Kommunisten bezeichneten als Zweck dieses Fonds Arbeiter zu morden. Deshalb lehnten sie dem damaligen Innenminister Spinnki den Fonds ab. Es trat der Regierungsvorschlag ein, Minister Spinnki wurde gestürzt und das Kabinett Liebig sollte an die Stelle des Kabinetts Spinnki treten. Die Frage war nun, wie sich in dieser neuen Situation die Kommunisten zu der Forderung auf 20 Millionen Mark zur Bekämpfung von Unruhen stellen würden. Bei einer Besprechung, die ich ohne Kenntnis der übrigen Regierungsmitglieder mit Vertretern der kommunistischen Fraktion hatte und an der u. a. auch der Abgeordnete Renner teilnahm, habe ich den Kommunisten gesagt: „Zur Bekämpfung von Unruhen kommt man nicht mit einem Fonds von 20 Millionen Mark aus. Das ergibt sich schon aus der lächerlich geringen Höhe der Summe. Wir brauchen auch keinen besonderen Fonds zu diesem Zweck; denn dazu sind ja die im Etat angeführten laufenden Mittel für die Polizei da. Nun ist es aber zweifellos, daß sich in letzter Zeit die sozialistischen Organisationen in außerordentlich hartem Maße regen. In besonderen sind wiederholt Werbebestrebungen rechtsradikaler Organisationen durch Flugblätter und mündliche Propaganda von Bayern her in Sachsen beobachtet worden. Es zeigt sich, daß diese Agitation und Organisation äußerst geschickt betrieben wird. Trotz allen Vermahnungen ist es bisher nur in den seltensten Fällen gelungen, diesen rechtsradikalen Organisationen so auf die Spur zu kommen, daß gegen sie vorgegangen werden kann. Zur Sicherung der Republik wird es vor allen Dingen notwendig sein, daß die Geheimpropaganda der Rechtsradikalen stark beobachtet wird. Dazu brauchen wir natürlich Geld. Ich bin der Meinung, daß die im Etat angeführten 20 Millionen Mark für diese Zwecke verwendet werden sollen.“ Auf eine Frage, ob die 20 Millionen Mark nicht auch gegen die Arbeiter verwendet werden würden, erklärte ich, dazu liege gar kein Anlaß vor; jetzt komme es darauf an, Mittel zu haben, um der Gefahr begegnen zu können, die in der Republik von rechtsradikaler Seite droht.

Diese Erklärungen schienen den Kommunisten zu genügen. Sie waren nun bereit, bei ihrer Fraktion für Verwirklichung der 20 Millionen Mark einzutreten. Am Schluß der Besprechung überreichte mir der Abgeordnete Renner eine Formulierung des Ergebnisses der Besprechung, mit dem Ersuchen, sie zu unterschreiben. Ich hielt zunächst diese Formulierung für recht überflüssig und feindlich. Ich hatte aber gar keinen Anlaß, die Nichtfertigkeit der Formulierung zu bestritten und die Unterschrift abzulehnen, weil ich das, was ich mit den Kommunisten besprochen hatte, auch in öffentlicher Landtagsdebatte hätte sagen können. Es war doch kein Geheimnis, daß die Regierung dem Kampf gegen die Gefährdung der Republik durch die rechtsradikalen Organi-

Die Entschlüsse zur Reichspolitik

Die Konferenz nahm nach einem Referat des Genossen Frölich und nach einer ausführlichen Diskussion, an der auch Genosse Hermann Müller vom Parteivorstand teilnahm, folgende Entschlüsse gegen zwei Stimmen an:

Die Landeskonferenz stellt fest, die Politik der Zentralinstanzen und der Fraktionsmehrheit, insbesondere das Verhalten der Regierung Luno, und das zweimalige Experimentieren der großen Koalition hat das organisierte Bewußtsein der Partei erschüttert. Angesichts der Tatsache ist es um so schärfer zu beurteilen, daß der Parteivorstand auf Verbleiben des Parteivorstandes zu beschließen gekommen ist, die darauf hinzielende, die Demokratie, die Meinungsfreiheit und die Opposition in der Partei zu zerstören. Es wird aufs schärfste dagegen protestiert, daß der Opposition Parteipaltung unversucht wird. Die Opposition betrachtet die Einheitspolitik der Partei als das höchste Gut, dessen Wahrung ihre erste Aufgabe ist. Dagegen beruht die Weisheit des Parteivorstandes die Gefahr der Parteipaltung in sich.

Zur Reichspolitik wird beantragt: Wegen der kapitalistischen Reaktionsregierung Marx-Stresemann ist die Reichstagsfraktion zu schärferer Opposition verpflichtet. Zu fordern ist:

1. Sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes im Sinne des Art. 48 der Reichsverfassung, Aufhebung aller auf Grund des Ermächtigungsgesetzes erlassenen Verordnungen, die sich gegen die Lebensinteressen und Grundrechte der Arbeiterklasse richten.

2. Sicherung der Republik, insbesondere durch Reorganisation und Säuberung der Reichswehr von konterrevolutionären Elementen auf der Grundlage der Anträge der Landtagsfraktion. Im gleichen Sinne Säuberung der Polizei, Justiz und Verwaltung.

3. Finanz- und wirtschaftspolitisch: Erfassung der Sachwerte, Ausgleiche des Staatshaushalts durch grundlegende Steuerreformen, als Basis die Währungsreform, Produktionssteigerung mit allen technischen und organisatorischen Mitteln unter Aufrechterhaltung aller sozialpolitischen Errungenschaften, insbesondere des Achtstundentages, schärfste Kontrolle der gesamten Reichspolitik, die um so notwendiger ist, als gegenwärtig von dem Unternehmertum mit Hilfe der sogenannten Wohlthäter ein weiterer starker Rohdruck vollzogen wird, Sicherung der Volksernährung durch weitestgehende staatliche Erfassung der wichtigsten Lebensmittel.

4. Zur Außenpolitik: Verständigungs- und Erfüllungspolitik nach den von den internationalen Konferenzen aufgestellten Richtlinien. Eine weitere unmittelbare Aufgabe der Außenpolitik muß das engste wirtschaftliche Zusammenarbeiten mit Sowjet-Rußland bilden.

5. Die Durchführung dieser Forderungen ist nur möglich durch eine auf dem Boden der sozialen Revolution stehende konsequente Klassenpolitik. Die bisherige Politik des Parteivorstandes und der Fraktionsmehrheit entspricht diesem Grundsatze nicht. Es ist deshalb notwendig, eine vollständige geistige und auch organisatorische Reorientierung der Partei vorzunehmen.

Genossen besonders Aufmerksamkeit widmen wollte. Wie notwendig das und wie richtig die Einstellung der Regierung war, haben ja die Rechtspolitiker in Bayern und in Kärnten aufs schlagendste bewiesen.

Da ich also das, was hier mit den Kommunisten besprochen wurde, ebenso gut in aller Öffentlichkeit hätte erklären können, kann von Geheimnissen des Innenministers Liebmann gar keine Rede sein, übrigens auch schon deshalb nicht, weil es sich gar nicht um eine Amtshandlung des Ministers handelt. Die Besprechung fand am 2. März statt. Der Minister des Innern wurde erst am 1. April. Es ist also nur die private Abrede eines Mitgliedes der sozialdemokratischen Landtagsfraktion mit einem Vertreter der kommunistischen Fraktion, wobei es darauf ankam, Differenzen über die Veranlassung der 20 Millionen zu beseitigen und Klärung zu schaffen. Die Leipziger N. N. brauchen natürlich ihre übliche sensationelle Aufmachung, um ihre Leserschaft wieder einmal grinsen zu machen und der furchtbaren Pläne der Sozialdemokraten. Es ist natürlich auch eine maßlose Verfälschung des zum großen Teile politisch uninteressanten Publikums der Leipziger N. N., wenn das Blatt behauptet, durch diese Abmachung mit den Kommunisten sei vereinbart worden, die bürgerliche Hälfte der sächsischen Bevölkerung für vogelfrei zu erklären, oder, wie es weiter unten noch effektvoller heißt, daß ich „einen Teil, und nicht den höchstschätzten des sächsischen Volkes, der Militär der sächsischen Moskowitzer vollstän. preisgegeben“ hätte. Wenn gegen die rechtsradikalen Publikations-Organisationen vorgegangen wird, so bedeutet das in alle Wege nicht, daß ein Teil des sächsischen Volkes der Militär der sächsischen Moskowitzer preisgegeben würde. In dem Abkommen ist natürlich durchaus nicht, daß die Regierung gegen Unruhen von anderer als rechtsradikaler Seite nicht einzuweisen würde. Es ist auch vollkommen unpassend, zu behaupten, daß die Bekämpfung von rechtsradikalen Unruhen im Interesse des bürgerlichen Teiles unres. Volkes liegt. Ein sehr großer Teil des Bürgertums wird sich gegen solche hinterbrennte Deutung jedenfalls entschieden wehren.

Nicht vorbeigegangen werden kann an der Frage, wie die Leipziger N. N. in den Besitz des amtlich beschlagnahmten Materials gekommen sind. Es muß selbstverständlich untersucht werden, welche Anzeiger für die in Betracht amüßlichen Materialien verantwortlich sind.

Am Schluß ihres Informationsartikels werden die Leipziger N. N. die Frage auf, ob der Ministerpräsident es verantworten kann, daß ich auch nur einen Tag weiter amtier, da sich gegenüber einer verbotenen Partei Rezipienten einbezogen sei. Zunächst ist darauf aufmerksam gemacht, daß damals nicht an ein Verbot der kommunistischen Partei zu denken war. Das wissen ja auch die Leipziger N. N. ganz genau, aber natürlich hält dieser Umstand die obenverehrte Organ nicht davon ab, diesen Artikel mit solchen unethischen Mitteln aufzusetzen. Im übrigen aber möchte ich zur Angelegenheit weiterer Ämterung erklären, daß sie nicht von dem Inhalt der Journalisten vom Schloß der Wälder der Leipziger N. N. abhängt. Ich werde wahrheitsgemäß noch weiter amtier, als diesen Herrschaften recht ist. Lassen wir sie hüpfen!

Der Landesparteitag

2. Verhandlungstag

Dresden, den 2. Dezember 1923.

Genosse Beckel eröffnet die Sitzung. Darauf erhält Genosse Landtagsabgeordneter Urtz das Wort zu seinem Referat über die Landespolitik.

Er führte einleitend aus, daß es Genosse Bekner war, der am 10. April ausführte, daß Sachsen durch seine Wirtschaftslage unlosbar mit dem Reich verknüpft ist. Daraus ist zu erkennen, daß wir durchaus nicht alles nur unter der sächsischen Welle betrachten. In diesem Vortrage liegt aber eine Frage von prinzipieller Bedeutung, die dahin geht, wie die Politik eines freistaatlichen Reiches im Hinblick auf die Politik des Reiches. Ohne daß ich auf das Koalitionsproblem eingehen will, müssen wir feststellen, daß ein Koalitionsverhältnis im Reich nicht aus einem Stützverhältnis des Proletariats hervorgeht. Die Verstellung der Homogenität zwischen Reich und Land, zwischen einem Lande, wo andere Möglichkeiten des Regierens bestehen, bedeutet eine Schwächung des Proletariats. Das würde bezwecken, daß eine Abwanderung breiter Massen erfolgt. Entweder das Proletariat geht zu den Kommunisten oder es gleitet in ein Spielbürgerdasein hinab. Das wurde schon mit der Deutlichkeit von unsern alten, bewährten Führern gekennzeichnet. Wird das einzelne Land ausgebaut zu einem sozialistischen Brückenkopf, von wo aus man den proletarischen Kampf für das Reich eröffnen kann, ist die Leitung der Reichspartei gewillt, diese politische Macht in die Wagschale der politischen Entscheidungen im Reich zu werfen, so wird sich von hier aus allmählich die Position ertingern lassen, die es im Reich verloren hat. Es steht einwandfrei fest, daß wir mit Hilfe der Kommunisten eine Reihe einschneidender Gesetze durchgedrückt haben, die wir ohne sie unmöglich durchdrücken konnten. Wenn zwischen der kommunistischen und der sozialdemokratischen Partei gekämpft wurde, dann geschah das nur noch lediglich auf Grund der Reichspartei. Mehr und mehr stellte man sich auf beiden Seiten auf den Abwehrkampf gegenüber den bürgerlichen Parteien ein. Nebenher gibt einige Gesetze, die für das Proletariat von Bedeutung sind, heraus, so das Gesetz zum Schutze der Republik, das Dienstvertragsverfahren, das Gesetz der Amnestie für Rotkollisten und der Abtreibungsparagraphen, die Schulgesetzgebung, die Gemeindeform ufm. Ganz besonders haben wir den Kampf gegen die faschistische Gefahr geführt, der sich aufspitzte in der Affäre Geiger-Beigner. Der Kampf gegen Sachsen wurde in der gemeinsamen und gegläubten Art in der bürgerlichen Presse betrieben. Alle Nachrichten über Sachsen wurden aufgebauert und so dargestellt, als ob es überhaupt nicht mehr möglich sei, daß ein anständiger Mensch in Sachsen wohnen und leben könne. Wir haben jetzt die dokumentarischen Beweise dafür, daß die Aufträge, die der sächsische Innenminister entzogen wurden, wohl angeblich keine Ruhe und Ordnung herrschte, von der sächsischen Industrie stützt wurden.

Kun fragen wir uns, welche Stellung nimmt der Parteivorstand dazu ein? Bei dem Eintritt der Kommunisten in die Regierung warnte der Parteivorstand vor diesem Experiment. Der Parteivorstand verlangt unter anderem, daß wir uns aus der Zusammenarbeit mit den Kommunisten frei machen sollten. Nebenher schildert ausführlich den Kampf, der zur Beilegung des Ausnahmestandes, zur Erlangung eines Zivilkommisars usw. in Sachsen geführt wurde. Der Parteivorstand mußte sehen, wie die Dinge lagen. Er ist rechtzeitig gewarnt worden. Ferner geht der Referent ausführlich auf die Ereignisse ein, die sich seit der Verhängung des Ausnahmezustandes in Sachsen zugetragen haben. Der Parteivorstand findet dieses Vorgehen gegen Sachsen für richtig. Er hat kein Wort des Kampfes gegen das verfassungswidrige Vorgehen gegen Sachsen gefunden. Selbst bürgerliche Politiker, wie Dr. Bruch, haben das Vorgehen gegen Sachsen als verfassungswidrig gekennzeichnet. Ausgerechnet Dr. Geinge, der sich selbst in Hamburg in einer Versammlung zur Monarchie bekannte, schickte man uns nach Sachsen. Solange es Proletariatstagen gibt, wird das brutale Vorgehen gegen eine verfassungstreue Bevölkerung nicht vergessen werden.

Die neue Regierung stellt sich eine Regierung, die wir aus den Händen der Reaktion bekommen haben. Wenn wir die Regierungsverfassung des Genossen Hellisch betrachten, müssen wir sagen: O, Alfred, wie hast du dich verändert. (Sehr richtig!) Hellisch mußte aus der ganzen Situation heraus zu sprechen. Was haben wir nun durch dieses Opfer erreicht? Man hat uns geopfert für eine Sache, die innerlich durch und durch verfaulend war. Geinge ist fast, aber Müller ist geliebter. Nebenher verurteilt sodann, daß der Kampf gegen die von uns geforderte Beamtenpolitik leider in den eigenen Reihen Unterdrückung findet. Durch dieses Opfer haben wir eine völlige Verrennung des Proletariats erreicht. Nur mit äußerster Anstrengung können wir die Genossen bei uns halten. Ob sie bei uns bleiben, hängt von der Entscheidung dieses Landestages ab. (Beifall) Die Regierung Hellisch müssen wir jetzt als eine Tatsache hinnehmen und sie mit allen Mitteln unterstützen. Unter keinen Umständen dürfen wir aber von unsern Grundgesätzen abweichen. Die ganze Kampflage bringt es naturgemäß mit sich, daß wir wieder ein Verhältnis mit den Kommunisten anbahnen müssen. Das bedeutet nicht, daß wir alles von den Kommunisten zu schlucken haben. Es wird sich ein Weg finden, daß beide Parteien zusammen marschieren können. Die Waffe wird so viel Kampfkraft und Opferkraft aufbringen, daß sie ihrer Lebensbedingung, dem Klassenkampf, treu bleibt. (Beifall, anhaltender Beifall)

Genosse Landtagsabgeordneter Hermann Müller, Leipzig, gab den

Bericht der Landtagsfraktion.

Der Genosse Urtz habe in stark polemischer Form die Möglichkeiten einer sächsischen proletarischen Politik gezeichnet. Er werde sich etwas mehr an die realen Tatsachen halten und von diesem Standpunkte die Stellung der Fraktion behandeln. Steuerfragen, Erwerbslosenfürsorge, Ernährungsfrage und eine ganze Reihe anderer Gebiete sind in starkem Maße von der Reichspolitik abhängig. Unsere Hauptaufgabe ist es, sich daher in der Hauptsache nur darauf beschränken, Bestehendes zu erhalten. Neues zu schaffen, werde auch in Zukunft ohne große finanzielle Mittel noch viel weniger möglich sein. Der durch den Krieg hervorgerufene Notstand ist in Sachsen besonders groß. Aus diesen wenigen Tatsachen ergibt sich ein Gegenstand zur Reichspolitik, daß das Reich von dem Standpunkte ausgeht, daß Ausnahmen nicht gemacht werden dürfen. In allen grundsätzlichen Fragen stehen die bürgerlichen Parteien geschlossen gegen die Forderungen der Arbeiterschaft. Die Arbeiterschaft steht dem aber ohne Einheitsfront gegenüber. Würde die Einheitsfront da, hätte man in den fünf vergangenen Jahren in Sachsen viel mehr erreichen können. Der

Dualismus zwischen Reichs- und Landespolitik.

zwischen der Stellung unserer Partei im Reichstag und im Landtag, beeinflusst nicht nur außerordentlich stark unsere Arbeiten, sondern auch unsere Genossen im Lande. Die Genossen müssen naturgemäß gegen die Reichspolitik rebellieren, da sie uns immer wieder ein Recht nach dem andern entwindet. Dieser Dualismus lastet deswegen besonders schwer auf der sächsischen Arbeiterschaft, weil die kommunistische Partei diesen Zustand in unerhöhter Weise gegen uns ausnützt. Sie hat versucht, von Sachsen aus die Partei anzuknüpfen, indem sie immer wieder die Gegensätze zwischen der sächsischen Politik und der Parteipolitik im Reich auszunutzen. Verglichen mit den früheren gesetzlichen Verhältnissen, ist an positiver Arbeit im Landtag außerordentlich wenig geleistet worden. Das rührt daher, daß wir früher über größere Mittel verfügten und nicht so zu sparen brauchen, wie heute. Unsere ganze Tätigkeit wurde bestimmt durch die steigende Finanznot im Reich, unter der wir außerordentlich zu leiden hatten. Ein Drittel der Vorlagen, die uns beschäftigten, waren Besetzungsfragen. Ge-

In der Erwerbslosenfürsorge hat Sachsen bahnbrechend gewirkt.

Auf dem Gebiete der Preisverordnungen und Bucherbestimmungen hatten wir in Sachsen nur die Möglichkeit, auf das Reich einzuwirken. Was in Sachsen geschehen konnte, ist geschehen. Auf dem Gebiete des Wohnungswesens sind Initiativanträge gestellt worden, die bestimmt waren, die Reichsgesetzgebung vorwärts zu treiben.

Die Demokratisierung der Verwaltung

ist ein Gebiet, das der Fraktion die meisten Vorwürfe eingebracht hat. Hier muß an die Parteigenossen noch eine Mahnung gerichtet werden. Wir können nicht auf einmal die gesamte Verwaltung demokratisieren. Die Regierung muß sehen, daß sie nicht nur überzeugte Parteigenossen ernannt, sondern Leute mit der nötigen Eignung und Fähigkeit. Denn die Beamtenpolitik fällt schwer auf die Regierung zurück. Wir sind jederzeit bereit gewesen, die Wünsche der Beamtenorganisationen zu berücksichtigen. Leider haben wir sehr oft die trübe Wahrnehmung machen müssen, wenn sozialdemokratische Beamte berufen wurden, daß dann die verschiedensten Organisationen oftmals aus den wichtigsten Gründen dagegen protestierten. Durch die Bestimmungen des Reiches sind wir gezwungen, den Beamtenabbau vorzunehmen. Aufgabe der Regierung wird es sein, zu verhindern, daß die sozialdemokratischen Beamten aus dem Verwaltungskörper entfernt werden. — Das wichtigste Gesetzgebungsgebiet ist die

Gemeindeform.

Sie soll den gewählten Vertretern die Möglichkeit geben, auf die Verwaltung einzugehen. Die Reform hat ziemlich viel Zeit zur Fertigstellung beansprucht. Sie ist ein jahrelang vorbereitetes Werk, an dem die verschiedenen Kabinette gearbeitet haben. Für die Kostenbestimmung wird versucht werden müssen, Mittel flüssig zu machen. — Der Referent bespricht darauf eingehend das

Verhältnis zwischen der Sozialdemokratie und der kommunistischen Partei.

Von Anfang an bestanden Meinungsverschiedenheiten darüber, in welcher Weise sich die Zusammenarbeit auswirken soll. Wenn man immer von einem Richtungsstreite in der Fraktion spricht, so muß gesagt werden, daß diese sogenannten Richtungen in der Fraktion oftmals sehr stark gewechselt haben. Die Bestrebungen, die Kommunisten zu veranlassen, in die Regierung einzutreten, liegen bereits länger zurück, was vom Referent eingehend dargestellt wird. Er geht dann auf die Einstellung der Kommunisten ein, die sie zu den verschiedenen Zeiten in der Regierungsfrage eingenommen haben, auf die Verhältnisse, die zu dem Landesparteitag im März und der dadurch erfolgten Einsetzung der Seidenherrenkommission geführt haben. Nebenher bespricht die Bindungen, die der Beschluß der März-Parteitages gebracht hat und betont, daß die Seidenherrenkommission von den Kommunisten fortgesetzt benutzt wurde, um sie gegen die Parteiteilnahme auszuspielen. Auf beiden Seiten sei über den Strang gezogen worden; es gibt aber eine Grenze, die nicht überschritten werden darf.

Es geht nicht, daß man die Kommunisten als irrende Brüder und die Genossen der eigenen Partei als Verräter bezeichnet.

Referent bespricht sodann die Lage in Thüringen, und die letzte Regierungsbildung mit den Kommunisten in Sachsen. Ganz unvermittelt erklären die Kommunisten, daß sie ohne Bedingungen in die Regierung eintreten wollten. Wer all die Jahre die Verhandlungen mitgegangen hat, dem wurden sehr starke Bedenken über die Wandlung kommen. Die dramatische Bedingung für unsere Partei war, daß wir unsere eigenen Parteigenossen fallen ließen. Dadurch wurde ein Teil unserer besten Genossen vor der Öffentlichkeit in Mißkredit gebracht. Dann kam die Regierung Geiger-Beigner und die Regierung Hellisch, deren Zuständelommen bekannt ist. Von einer Opposition gegen die Bildung einer Minderheitsregierung war damals in der Fraktion so gut wie nichts zu bemerken.

Wir haben heute darüber zu entscheiden, welche Richtung eingehalten werden soll. Selbst der Genosse Liebmann ist der Ansicht, daß wir die

Minderheitsregierung aufrechterhalten

und uns die Mehrheit suchen sollen, wo wir sie finden. Wollen wir das, dann dürfen heute keine bindenden Beschlüsse entgegengegriffen werden. Jetzt haben wir eine vorübergehende Koalition nach links und nach rechts. Alle Behauptungen, daß es Mitglieder in der Fraktion gebe, die in die große Koalition hineinwollen, sollen in sich zusammenfallen. Wir können uns nicht aller vier Wochen eine Regierungsbildung leisten. Das würde bedeuten, daß wir uns vor der Öffentlichkeit unmöglich machen. Bei gutem Willen auf beiden Seiten muß man erkennen, daß die Fraktion nicht anders handeln konnte. Wir dürfen die Partei nicht auseinanderreißen, sondern müssen sie zusammenhalten. Dann werden wir die Wahl frei haben zu einem neuen Aufstieg des Proletariats. (Beifall, anhaltender Beifall)

Genosse Gängeford, Dresden, erstattet den Bericht der Mandatsprüfungskommission. Die Mandate werden auf Antrag der Kommission sämtlich für gültig erklärt.

Paulisch beantragte, dem Vertreter des Parteivorstandes eine halbe Stunde Redezeit zu gewähren, um dann in die Mittagspause einzutreten.

Dittmann wandte sich gegen die Beschränkung der Redezeit. Der Parteivorstand sei vom Genossen Urtz heftig angegriffen worden, deshalb müsse man dem Vertreter eine längere Redezeit gewähren. Er erklärte, daß er versuchen werde, mit einer halben Stunde Redezeit auszukommen.

Paulisch betonte, daß es nicht seine Absicht war, den Parteivorstand mundtot zu machen. Darauf erklärte man sich mit der Versicherung Dittmanns einverstanden.

Dittmann: Genosse Urtz habe sich auf Laßalle berufen. Laßalle hat in seinem Vortrag über Verfassungswesen darauf hingewiesen, daß nicht eine geschriebene Verfassung, nicht eine formale parlamentarische Mehrheit die wirklichen Machtverhältnisse zum Ausdruck bringen, sondern daß es die realen, wirtschaftlichen Verhältnisse sind, die der Verfassung den Rückhalt geben. Von diesem Gesichtspunkt aus muß man die Dinge in Sachsen betrachten. Wir haben zwar eine parlamentarische Mehrheit von Sozialdemokraten und Kommunisten im Landtag, aber

in der Wirtschaft ist das Kräfteverhältnis zwischen Sozialismus und Bourgeoisie durchaus nicht dasselbe.

Niemand kann bestreiten, daß die Wirtschaft das Übergewicht darstellt. Darum hat in Sachsen die Bourgeoisie, nachdem sie im Landtag giffenmäßig keine Mehrheit hat, ein reales Stück Verfassung im Landtag. Im Reich haben wir dieselbe Situation zu verzeichnen. Im Reichstag kommt dazu, daß nicht einmal eine parlamentarische Mehrheit vorhanden ist. Das müssen alle Kritiker berücksichtigen, wenn sie überhaupt über die Reichspolitik und die Haltung der Reichstagsfraktion sprechen. Wenn aber den Kritikern irgendwelches nicht gefällt, sagen sie stets, daran ist der Parteivorstand, daran sind die sozialdemokratischen Minister schuld. In Sachsen dagegen unterscheiden die Genossen sehr scharf. Niemand sagt, weil der Minister das so und so gemacht hat, ist der Landesvorstand schuld dafür verantwortlich. Er glaube nicht, daß die Landesinstanzen sich ihrerseits für die Haltung der Landtagsfraktion verantwortlich machen wollen. Referent bittet, diese scharfe Unterscheidung auch im Reich einzuhalten. Er bespricht sodann seine Stellung zur Koalitionsfrage und kommt dabei auf seine Rede zurück, die er am 3. März auf dem Landesparteitag gehalten, deren Inhalt er heute noch anstreicht, daß er auf das Verhältnis zu den Kommunisten überzugehen. Die Kommunisten haben den

schiedene Richtungen unter sich; eine, die realpolitisch eingestellt ist und eine, die nur Agitation treiben will, die unter dem Kommando der Moskauer Zentrale steht. Sobald ein Kommunist im Reichstag realpolitische Annahmen zeigt, geht sofort eine Hege gegen diesen Mann los, und es wird nach irgendeinem andern Ort verlegt. Der Parteivorstand kennt alle führenden Genossen des R.P.D. genau und hat eine langjährige Erfahrung darin, Brandler ist durch seine Tätigkeit in Bremen seit langer Zeit bekannt. Er ist von Geburt Tscheche; als er aus Bremen ausgewiesen war, beschuldigte er einen Parteigenossen, daß er ihn denunziert habe. Als die Sache untersucht wurde, stellte sich heraus, daß Brandler den Denunziationsbrief selbst geschrieben hatte. Der Parteivorstand weiß sehr wohl, mit wem er es in Brandler gut tun hat, so wie er alle anderen führenden Kommunisten der sächsischen Partei kennt. Die kommunistische Partei ist eine

militärische Parteiorganisation,

sie gehört der kommunistischen Internationale an, die eine rein militärische Organisation ist, die mit dem Jesuiten-Orden verglichen werden kann. Nebenher bespricht dann die Beschlüsse des 4. Kongresses der kommunistischen Internationale und des Parteitag der R.P.D. in Leipzig, die darauf hinauslaufen, die

Auflösung der Arbeitermassen vom Einfluß der erdnemistischen Führerschaft

zu erzielen. Man will eine Führergarnitur nach der andern abjagen, bis zuletzt ein Trümmerhaufen übrig bleibt. Der ganze Parteivorstand würde es begrüßen, wenn die Kommunisten auf dem Boden der Reichsverfassung gemeinsam mit uns Politik treiben wollten. Die Gegenbeweise dafür sehen wir in Thüringen und in Sachsen. Es ist bewiesen, daß die Kommunisten von Moskau aus die Parole erhielten, in die sächsische und thüringische Regierung einzutreten, um den bewaffneten Aufstand vorzubereiten. Es gibt Genossen, die glauben, das beweisen zu können. Wir haben aber ein unüberlegbares Dokument durch den Brief des kommunistischen Mandat vom 19. November an Ruth Fischer in Händen. Entschuldigend hat der Thüringer Bezirksvorstand in seinem Auftrage vom 12. November klar und deutlich gegen die Absichten der Kommunisten Stellung genommen. In Thüringen ist keine Verwirrung in der Partei, diese ist beherzt von der einheitlichen Auffassung, daß

mit der kommunistischen Partei keine gemeinsame Arbeit zu leisten ist.

Referent entkräftet dann die gegen den Parteivorstand erhobenen Vorwürfe, daß er an der Verhängung des Ausnahmezustandes und all den Folgeerscheinungen, die sich in Sachsen ausgedehnt haben, schuld sei, wobei er oftmals von lebhaften Zwischenrufen unterbrochen wird. Genosse Dittmann wendet sich scharf gegen einige Artikel des Zwickauer Volksblattes. Für eine solche Kampfesweise habe er nur ein Pfühl übrig. Für den Vorschlag des Genossen Kleinheiß, die sächsische Regierung hätte im Lande herumziehen sollen, kann sich kein Mensch erwärmen. (Zuruf: Rapp-Puffsch!) Glaube man vielleicht, auf diese Weise den Reichskommisars und die Reichswehr aus Sachsen herauszubringen? Der Artikel des Genossen Edel vom Generalstreik betrachtet die Lage nur durch die sächsische Brille. Man muß sich auch das übrige Reich ansehen mit den ungeheuren agrarischen Gebieten, in denen die Reaktion unumschränkt herrscht und in denen die Reichskommisars ihre Organisationen untergebracht haben. Jeder verantwortliche Führer muß sich darüber klar sein, daß man mit einer solchen Parole nicht spielen kann. Für die allgemeine Unzufriedenheit mit den bestehenden Verhältnissen suche man nach einem Generalaufstand. Er lenke seinen Vortrag für den Inhalt der Parteivorstand verantwortlich gemacht wird.

Die Stimmung, die jetzt in einem Teile der sächsischen Parteigenossen vorhanden ist, ist fast dieselbe wie vor der Spaltung der U. S. P. in Halle.

Damals schrieb Paul Hennig sehr zutreffend im Halle'schen Volksblatt: „Immer war das Kampfsitz Entfaltung. Entlarvung der Führer. Es muß ausgedrückt werden mit den Worten aller Art. Es ist Vergebung um der Vergebung willen. Jede Partei braucht Kritik. Heute ist falsche Kritik, die Diskreditierung der Führer zum System geworden. Jedes Vertrauensverhältnis wird verpöcht.“ Das gegenwärtige Verhalten führt nicht dazu, die Partei zusammenzuhalten. Er würde lieber gemeinsam mit Weis und Müller sich hängen lassen, als mit manchen führenden Genossen der Linken gemeinsam zur Zerstückelung der Partei beizutragen. (Beifall, anhaltender Beifall)

Darauf wird in die Mittagspause eingetreten.

Nach Wiedereröffnung der Sitzung beauftragt Genosse Dr. W. Urtz, Dresden, daß der Ausdruck des Genossen Dittmann er würde sich lieber hängen lassen, als mit gewissen Führern der Linken zusammenzugeben, nicht gerügt worden ist. Ein derartiges Ton in einer Verammlung von Parteigenossen, ist nicht geeignet, das gegenseitige Verständnis zu haben.

Genosse Schuberl, Dresden, erucht die Genossen, die nichts wesentlich neues auszuführen haben, auf das Wort zu verzichten, und Genosse Lipinski beschwert sich über die Unterdrückung jeder andern Meinung. Nach der Geschäftsordnung ist es nicht zulässig, die Begründer von Anträgen den Debattierern vorzugreifen. Die Begründer haben nur eine längere Redezeit.

Genosse Geiger begründet in längeren Ausführungen den Antrag 22, der folgenden Wortlaut hat:

„Die Seidenherrenkommission besteht nicht mehr. Ihre Kompetenzen gehen an die zuständigen Landesinstanzen über.“

Der Antrag wurde einstimmig angenommen.

Beamtenabbaugesetz.

Genosse Bang, Leipzig, begründete den Antrag 21, der einstimmig angenommen wurde:

„Die mechanische Durchführung des Beamtenabbaugesetzes muß auf allen Gebieten der Verwaltung (Reichs-, Staats- und Gemeindeverwaltung) insbesondere auf dem Gebiet der Volkshilfe, die unheilvollen Folgen nach sich ziehen. Weber die Schule, noch die Verwaltungen können ohne Störung und Reibung diesen Abbau betreiben; ganz besonders dann nicht, wenn beispielsweise die Schule ihre hohen, kulturellen Aufgaben konsequent und gleichmäßig durchführen soll und die Gemeindeverwaltung alle die ihnen übertragenen Aufgaben ordnungsgemäß erledigen sollen.“

Die von der sozialistischen Mehrheit in Sachsen beschlossenen Schulgesetze und fortschrittlichen Gesetze für die Gemeinden (Gemeindeform usw.) sind auf das Schwerste gefährdet. Der Landtag erwartet von der Regierung und Landtagsfraktion, daß die vom Reich den Ländern und Gemeinden aufgewungenen Sparmaßnahmen so gestaltet werden, daß die öffentlichen Interessen, der Geist der Demokratie in der Verwaltung und der Charakter des Staates als Sozialstaat nicht gefährdet werden.“

Antrag zur Landespolitik

Genosse Liebmann begründete den Antrag 20 zur sächsischen Politik, über den abgestimmt wurde:

1. Die gewalttätige Vereinnahmung der sozialistisch-kommunistischen Regierung durch die Reichsregulativ war ein Bruch der Verfassung. (Einstimmig angenommen.)

2. Der Landesparteitag bekennt sich erneut zu dem Grundsatze, der eine Weiterentwicklung der proletarischen Mehrheit erstrebt. (Gegen 4 Stimmen angenommen.)

3. Unter den gegenwärtigen Verhältnissen ist eine sozialistische Minderheitsregierung das Beste. (Einstimmig angenommen.)

4. Wird die sozialistische Minderheitsregierung gestürzt, so muß versucht werden, mit den Kommunisten zu einer gemeinsamen Regierungsplattform zu kommen. (Gegen 18 Stimmen angenommen.)

5. Landesinstanzen und Landtagsfraktion sind an diesem Beschluß gebunden. (Einstimmig angenommen.)

Die Bildung jeder Koalitionsregierung ist an die formale Zustimmung eines Parteitages gebunden. (Wegen 4 Stimmen angenommen.)

Zur Begründung des Antrages 20 führt Genosse Liebmann ungefähr folgendes aus: Es ist durchaus falsch, die Bildung des Kabinetts Jellisch von dem Standpunkt aus zu beurteilen, wie es der Genosse Krat getan hat. Zurückgewiesen werden vor allen Dingen die Behauptung, daß die jetzige Minderheitsregierung auch eine Koalition mit den bürgerlichen Parteien sei. Das ist nicht der Fall. So wenig das Kabinett Jellisch ein sozialistisch-kommunistisches Kabinett war, als das Kabinett von unserer Partei allein gestellt wurde, so wenig kann man jetzt von einem sozialistisch-bürgerlichen Kabinett sprechen.

Ein Koalitionskabinett wird es erst dann, wenn die betreffende Partei mit in die Regierung eintritt.

Der Praxis hat es sich herausgestellt, daß die Bildung des Kabinetts Jellisch unter den gegebenen Umständen das Richtige war. Durch die ganze politische Situation waren wir in die Lage versetzt, das Kleinere Übel zu wählen. Es ist notwendig, bei der Frage des Verhältnisses zwischen uns und den Kommunisten darauf hinzuwirken, daß wir in Sachen eine proletarische Mehrheit im Reichstag haben. An dieser Tatsache können wir nicht vorbeigehen. Nicht man auf dem Standpunkt, daß eine parlamentarische Arbeit mit den Kommunisten nicht möglich ist, dann muß man den vorliegenden Antrag 20 ablehnen. Zweck der Parteitagebeschlüsse im Jahre 1923 war, den Zusammenschluß der proletarischen Kräfte im Reich herbeizuführen. Die Rede des Genossen Wollenbaur lief auf dasselbe Ergebnis hinaus: Die Einigkeit der Arbeiterklasse zu heben. Die Praxis hat gezeigt, daß im allgemeinen die Möglichkeit der Zusammenfassung der proletarischen Kräfte erwiesen ist, daß sich diese Zusammenfassung bewährt hat. Dabei ist es aber verständlich, daß es Hindernisse und Schwierigkeiten geben können. Keiner von uns hat daran gedacht, daß dieser erste Versuch der Zusammenarbeit mit den Kommunisten mit so brutalen Gewalt auseinandergelieft werde. Das berechtigt uns durchaus nicht zum Ausspruch, der Versuch ist gescheitert. In Sachen der sich in der Zeit der Zusammenarbeit das Verhältnis zwischen den Kommunisten und den Sozialdemokraten wesentlich abgeändert. Mit der positiven Arbeit in dieser Periode konnten wir durchaus sehen lassen. Raum eine Periode ist so fruchtbar gewesen, als die Periode der Zusammenarbeit mit den Kommunisten. (Sehe wähl!) Wir täuschen uns darüber nicht, daß es parteipolitische Interessen der Kommunisten waren, mit uns zusammenzuarbeiten. Es stellt sich aber heraus, daß das parteipolitische Interesse der K.P.D. und der U.S.P.D. in vielen Fällen doch einigame Berührungspunkte hat, wo es gilt, die proletarischen Interessen zu vertreten.

Ich gehe durchaus nicht so weit, zu sagen, daß das Flugblatt der Kommunisten harmlos war. Wenn die Meinungen zwischen uns so auseinandergehen, daß die Kommunisten die Arbeiter zum bewaffneten Aufstand aufrufen und wir erklären müssen, daß können wir nicht mitmachen, auf einem solchen Boden ist eine gemeinsame Arbeit nicht gegeben. Da muß man mit aller Ruhe einen Strich ziehen.

Im allgemeinen muß gesagt werden: Auch die praktische Arbeit der Kommunisten in der Regierung war darauf eingestellt, das Bestmögliche zu leisten. Es war ihr Bestreben, den hungernden Massen etwas zu bieten. Daß sie dabei Geldmittel verwendeten, ist nach staatsrechtlichen Grundsätzen für andre Zwecke bestimmt, können wir zwar nicht gut heißen, ich verleihe jedoch sehr wohl, wenn unsere Arbeiter in dieser Lausache kein allzu großes Verlangen sehen. Selbstverständlich darf das Bestreben, den Hungernden zu helfen, nicht so weit gehen, daß jedes Regierungsmittel, das mit dem Gelde des Staates machen zu können, was es will, als ist sachlich unerschöpflich, aber nicht so, daß wir Veranlassung haben, deshalb eine moralische Entrüstungsphase aufzumachen.

Das Kabinett Jellisch haben die Kommunisten erklärt, wir werden die sozialistische Minderheitsregierung deren Programm wir nicht mehr, nicht unterstützen. In dieser Lausache kommen wir nicht weiter.

Daß die bürgerlichen Parteien dem neuen Kabinett nicht freundlich gegenüberstehen, ist wohl klar, zumal es nur eine Ergänzung des alten Kabinetts durch and. Personen ist. Aus Liebe zu uns, haben und die Demokraten nicht gewöhnt, sondern aus rein politischen Gründen ihrer Partei. Das beweist, daß sie nach ein paar Tagen schon wieder andere Bedenken hatten.

Die bürgerlichen Mittelparteien haben vor dem Wahlweh Angst als unsere Genossen, weil sie fürchten, zusammenzuschmelzen.

Wir haben unter den gegenwärtigen Verhältnissen ein Interesse an unsrer sozialdemokratische Minderheitsregierung aufrechtzuerhalten, solange es möglich ist. Die bürgerlichen Parteien meinen selbstverständlich jetzt ihre Forderungen an. Sie wollen vor dem Einfluss auf die Personalpolitik. — Wir können die Linie halten, die im Interesse des Proletariats liegt, ohne daß wir uns etwas verbergen. Der Redner bemerkt, daß die unruhigen Köpfe gewisser Beamtenkreise, die jetzt scheuen, wir hätten zu Sozialdemokraten ernannt. Durch die Annahme des Antrages 20 ist die Garantie gegeben, die Grundlinie eingehalten, bei der Stimmung der Masse der Bevölkerung entspricht. (Beifall.)

Genosse Franz begründet folgenden Antrag, der gegen drei Stimmen an den Landes-Arbeits-Ausschuss überwiesen wurde:

Zur Wehr der Angriffe gegen die Politik der U.S.P.D. und als Materialsammlung für die in der Agitation tätigen Genossen und Genossinnen beschließt der Landesparteitag: Die sozialistischen Fraktionen im Reichstag Landtag und in den Gemeinden, sowie die Parteinstellungen werden ersucht, wichtiges Material aus den Parlamenten (Abstimmungen über Gesetze, Verhalten der gegnerischen Parteien usw.) allwöchentlich in den Parteitageungen, in Rubriken zusammenzustellen, in knapper Form zu veröffentlichen.

Genosse Victor, Juidau, warf die Frage auf, ob es nicht viel richtiger ist, die Kommunisten durch ein Zusammenarbeiten zu beeinflussen und sie zu einer andern Politik zu erziehen, als eine Kommunistenpolitik zu betreiben und eine unbedingte Lösungsposition zu erstreben. Redner weist jedoch die Vorwürfe des Genossen Juidau gegen das Juidauer Parteiblatt zurück und spricht im Auftrage der Juidauer Genossen den Landtagsabgeordneten das Mißtrauen aus, die entgegen dem Organisationsstatut beschließen haben, daß die Fraktion und nicht die Parteileitung die Entscheidung über die Landespolitik zu fällen habe.

Genosse Lipinski, Leipzig, meint, daß es eine unmögliche Situation sei, nach einer Zusammenarbeit mit den Kommunisten zu streben, während man in den übrigen Teilen des Reiches und den Gewerkschaften in entgegengesetzter Richtung arbeite. Aus dem Versuch, den sächsischen Zustand auf das Reich zu übertragen, ist ja auch erst der Konflikt mit der Partei entstanden. Zudem hat man bei der Zusammenarbeit mit den Kommunisten die Ziele beider Parteien nicht genügend auseinandergehalten. Man kann nicht in Sachen eine Politik treiben, die mit der Nachstellung der Arbeiterklasse im ganzen Reich im Widerspruch steht.

Genosse Dr. Klein, Chemnitz: Das Kabinett Jellisch ist eine Katastrophe geworden, um Schlimmeres zu verhindern. Es wird Aufgabe des Kabinetts sein, zu beweisen, daß es wirklich Schlimmeres verhindern kann. Redner weist die Angriffe der bürgerlichen Presse und Parteien zurück und fordert die Republikanisierung der Verwaltung.

Genosse Jellisch: Genosse Krat hat in die Diskussion die Bemerkung hineingeworfen, ichred wir hast du dich verändert. (Zurück!) Will ich mich der schweren Pflicht nicht entziehen habe, deshalb habe ich mich nach dem Begriffe des Genossen Krat zu geändert, daß dies zu einer vorwurfslosen Frage vor dem Landesparteitag gemacht wird. Redner glaubt die geschichtliche Probe bestehen zu können. Ich sehe noch wie vor auf dem Standpunkt, daß die große Koalition und ihre Politik Schicksal gelitten hat. Wer darin einen Widerspruch findet, daß ich mich in der schwersten Stunde hergegeben habe einer Regierung von Parteigenossen vorzusuchen, den verstehe ich nicht. Er sei im Auftrag der Partei in die Regierung gegangen. (Zurück: Nein, im Auftrage der Fraktion.) Wenn es allgemein gültige Auffassung in der Partei wird, in Sachen eine Regierung zu haben, die wir aus den Händen der Reaktion erhalten haben, dann kann diese Regierung keinen Tag länger mehr bestehen. Wer das nicht begreift, den verstehe ich nicht. Es ist nicht wahr, daß die Frage der Minderheitsregierung eine ausdankgebende Streitfrage zwischen den Flügeln der Fraktion gewesen ist. Bei dieser Abstimmung waren die beiden Extreme total durcheinandergeworfen. Wer will bei dieser Sachlage noch behaupten, daß die Frage der Minderheitsregierung eine Richtungsfrage war? Sollten wir nicht das schreckliche Maßwerk gehabt, bei der Entscheidung dieser wichtigen Frage einen Parteistreit zu erhalten, hätte niemand daran gedacht, einen Landesparteitag zu beantragen. Der Parteitag ist aus der Frage heraus entstanden, ob der Landes-Arbeits-Ausschuss oder die Landtagsfraktion zuständig ist.

Der Zweck der Minderheitsregierung war ein Notwehr.

Wir sind und die andern Genossen kam es darauf an, ob wir Dinge weiterarbeiten lassen wollten oder nicht. Ich gehöre auch zur Opposition, aber für eine Regierung im Widerstand habe ich kein Verständnis. (Beifall.) Als meine Person für den Posten des Ministerpräsidenten in Frage kam, habe ich den Genossen Reigner als Freund gefragt, und seine Antwort hat mir die Annahme des Postens wesentlich erleichtert. Die Frage hat mit einem Richtungsstreit in der Partei nichts zu tun. Einen positiven Standpunkt des Landesparteitages habe ich bisher bemerkt. Alle Redner haben gesagt, wir wollen die Regierung Jellisch stützen. Stellt man sich auf diesen Standpunkt, dann ist es Aufgabe des Landesparteitages, die Bedingungen zu schaffen, unter denen überhaupt die Regierung weiterbestehen kann. Ich bin gemäßigt mit den Stimmen der Demokraten gegen die Stimmen der Kommunisten, der Volksparteier und der Deutschnationalen. Vorgesetzt von rechts und von links, mit der Aufgabe beauftragt, die Extreme im Gleichgewicht zu halten, daß wir nicht stündlich vor einer Regierungsbildung stehen.

Will man die Regierung unterstützen, dann darf man uns keine Bindungen auferlegen, von denen man nicht weiß, ob sie morgen noch eingehalten werden können.

Die Dinge würden dann zur Landtagsauflösung hinführen, in einer Zeit, wo die kommunistische Partei verboten ist, wo wir unter

dem Belagerungszustand mit Versammlungsverboten zu rechnen haben, gegen die man sich beschweren kann, die aber erst acht oder vierzehn Tage nach der Wahl erledigt würden. Bei Möglichkeit aller dieser Umstände glaubt Redner, daß er sich vor dem sächsischen Präsidialrat der Annahme seiner Wahl nicht zu schämen braucht, und daß er seiner Überzeugung durchaus treu geblieben sei. (Beifall.)

Sodann wird mit großer Mehrheit ein Antrag auf Schluß der Debatte angenommen, worauf die Genossen Fleißner, Jellisch, Graupe und Lipinski noch eine Reihe persönlicher Bemerkungen und Nichtigstellungen machen.

Darauf hält Genosse Krat sein Schlußwort, in dem er zum Ausdruck bringt, daß es nicht Aufgabe des Landes-Arbeits-Ausschusses sei, seine Meinung in einer bestimmten Entscheidung festzulegen. Der Landesparteitag ist souverän. Wir müssen versuchen, aus der Debatte einen Extrakt herauszubekommen. Bei der Bildung der Regierung hat es sich nicht um eine sozialistische Minderheitsregierung, sondern um eine Regierung mit demokratischer Unterstützung gehandelt. Das ist das Wesentliche. Dittmann ist es, der dafür plädiert, daß man diese Bindung offen machen sollte. Deshalb war es eine Täuschung, nach wie vor sich Redner auf dem Standpunkt, daß die neue Regierung aus der Hand der Reaktion gekommen ist. Die Ausführungen des Genossen Dittmann haben mich aufs tiefste enttäuscht und die Debatte ist dadurch auf ein Niveau gesunken, auf das er dem Genossen Dittmann auf keinen Fall folgen wolle. Meine Angriffe gegen den Parteivorstand habe ich deshalb unterlassen, um dadurch eine geistige Umstellung im Parteivorstand herbeizuführen. Wer meint, daß die kommunistische Partei nicht weiter ist, als eine militärische Bulschorganisation, verkennt vollständig ihren Charakter. Selbstverständlich ist die geistige Einstellung der Kommunisten eine andre, wie die unserer Partei. Wir werden in Zukunft dahin kommen, daß wir viele Gebanlen aufnehmen müssen, die wir erst von den Kommunisten abgelehnt haben. Redner polemisiert sodann gegen die Ausführungen des Genossen Dittmann. Inse Genossen haben selbst die Schlinge hingehalten, die dann von der Reaktion zugezogen worden ist. (Stürmischer Beifall.)

Genosse Hermann Müller betonte in seinem Schlußwort, daß der Versuch, mit den Kommunisten Politik zu machen, von der Fraktion immer wieder gemacht worden ist. Wenn wir eine Minderheitsregierung haben, müssen wir von irgendeiner Seite Unterstützung haben, sonst nützt sie uns nichts.

Es folgen einige persönliche Bemerkungen der Genossen Liebmann, Dittmann und Beßler. (Schluß folgt.)

Das Spaltung im Lager der Sonderbündler hat ihre Lage noch unhaltbarer gemacht, als sie vorher schon war, so daß selbst die Franzosen sich gezwungen sehen, von ihren Schützlingen etwas abzurufen. So wurden in Bonn, Königswinter, Wevel, Godesberg und andern Orten die Sonderbündler auf Veranlassung der Besatzungsbehörden aus dem Rathaus entfernt und ihre Fahnen heruntergeholt.

In Mülheim a. d. Ruhr sind die Franzosen erneut in die Druckerei von Marx eingedrungen und haben dort 90000 Millionen Reichsbanknoten fertiggemacht.

Bertreibung der Sonderbündler

Das zwischen der Regie und dem Reich in Mainz getroffene Abkommen liegt dem Kabinett am Dienstag zur Beratung und zur Entscheidung vor. Da eine Reihe von Fragen, z. B. die Postfrage, die von den Franzosen durchweg vom militärischen Gesichtspunkt betrachtet wird, ungeklärt sind, mußten Rückfragen an die französische Regie gestellt werden. Im übrigen hat sich die Regie im Prinzip mit der Einstellung aller Beamten einverstanden erklärt. Die Einstellung wird jedoch nicht sofort erfolgen können. Ungeklärt ist auch noch die Frage der Entlassung der Besatzungen und der Rückkehr der vertriebenen Eisenbahnbeamten.

Die Rede Jellischs im Reichstage

Die Rede des Ministerpräsidenten Genossen Jellisch (wie auch die des sächsischen Ministerpräsidenten Genossen Fleißlich) über die Ausschreitungen der Reichswehr hat sichtlich tiefen Eindruck bis in die Reihen der bürgerlichen Parteien gemacht. Die Gegenrede des Abg. Brüninghaus war recht matt, es machte ihm sichtlich Mühe, etwas gegen die erschütternden Tatsachen, die Genosse Jellisch angeführt hat, vorzubringen. In seiner Not verfiel er darauf, die Ausschreitungen, die bei einzelnen proletarischen Hundertschaften vorgekommen oder von einzelnen Mitglieder solcher Hundertschaften begangen worden sein sollen, den Grenzeln der Reichswehr gegenüberzustellen. Selbst wenn man annehmen wollte, daß diese Ausschreitungen so gewesen sind, wie Herr Brüninghaus behauptet, so bestehen doch gewaltige Unterschiede zu

Residenz-Theater. Die Einstudierung des schon früher im Zentral-Theater gegebenen „Legten Balgers“ von Oskar Strauß steht fastlich auf der Höhe, die man von einer modernen Dresdner Operettenbühne verlangen muß (Spielleitung: Carl Blumau). Diese Feststellung freut uns um so mehr, als gerade das vorübergehende Bild aus irgend welchen äußeren Mängeln heraus in dieser Beziehung nicht das gleiche Lob verdient. Der Eindruck des Wertes war wieder der, daß sich der musikalisch so solide Komponist, von dem man noch immer eine richtiggehende komische Oper erwartet, an dem spannungreichen Textbuch nicht so entzündet hat, wie es dieses verdient. Doch insofern gefast, könnte der Stoff recht gut als Opernlibretto verwendet werden. „Der letzte Balger“ wird von einem gräßlichen Delinquenten in der Nacht vor seiner Hinrichtung gelangt, und zwar mit einer Dame, die er vor den Jubringhalsseiten eines arbeitslosen Bringen geschäft hat, westwegen eben die schwere Strafe über ihn verhängt wurde. Natürlich wird der Graf gerettet. Das heitere Moment tritt hier stark zurück. Missi Durst, Grete Grill, Ida Kattner, Welfe und Müller. Veran der Operette ist sehr angenehm. Carl als Graf war wie üblich der siegende Operettenkönig; Rida von Paul mit ihrem mehr rufischen Sopran blieb ohne stimmliche Durchschlagkraft. Sie wußte dastellend allerdings von Akt zu Akt mit ihrer Aufgabe. Aber ihr Stimmcharakter weiß sie doch — wir müssen es nun nach wiederholter Beobachtung sagen — auf andre gelungene Aufgaben, als sie eine Operette stellt. Kunz, Krause hielt den musikalischen Apparat sicher zusammen.

Konzert

Johannes und Kurt Striegler haben ihre Sonatenaufgabe in Trioabend ungewandelt. Dritter im Bunde ist Alois Cahn, Radel, der dem Violoncell mit gemandter Bogensführung wohlklingende Töne entlockt. Die Vortragsfolge dort Edmunds D. Wolf und Tschakowskys A-Moll-Trio, zwischen denen Dramas sinnige G-Dur-Sonate für Violine und Klavier stand — alles von den Spielern sorgfältig und erquicklich ausgeführt. Ihnen ist für das nummer wieder ins Werk geleitete Triospiel warm zu danken, das den Dresdner Anstreichenden sehr Aufzureden des unbegrenzten Wagner-Schneiders-Gotttermundtrios so sehr gefehlt hat.

Dresdner Kalender

Theater am 5. Dezember. Opernhaus: Iba (6 1/2). Volksbühne Nr. 6572 bis 6598. — Schauspielhaus: Knechtstube B: Schluß und Jau (7 1/2). Volksbühne Nr. 10087 bis 11032. — Residenz-Theater: Der letzte Balger (7 1/2). — Neues Theater (Kaufmannschaft) geschlossene Vorstellung (7 1/2).

Opernhaus. Infolge Erkrankungen im Künstlerpersonal Mittwoch nicht Die Götter, sondern Iba mit Höffel, Zerban, Stängner,

Leben • Wissen • Kunst

Neuester Schauspielhaus. Ueber Nacht, Borichs schauderhafte Schauspiel, das am Sonnabend am Albertplatz seine Aufführung erlebte, ist eines der ungewöhnlichen Stücke, die im Schatten des Aufgehobenen sind. Nicht das schrecklichste getuht; denn Borichs, wenn auch kein Dramatiker, immerhin ein Schriftsteller mit Erfahrung und Geschmadt; aber eben doch nur bloßes Epigonenwerk, das seiner Richtung über sein Vorbild hinauswacht, ja nicht einmal darüber hinaus zu will. Mit den drei Figuren Kora, Gelmer und R. Kant stellt sich Borichs eine neue Schandaufrage, indem er ihre Stellung zueinander ein wenig ändert. Nicht die Frau hat diesmal das Wort, sondern der Mann (der Anwalt ist der gleiche wie bei Iba), nicht verzweifelt, sondern begehrt tritt zu beiden der Freund mit dem „Anwalt“. In der Abenddämmerung überträgt er die schlafende Frau, der er einst seine Liebe nicht zu gestehen wagte, die er aber nun, da sie längst dem andern angehört, im Sturme an sich reißen will. Er droht, sich zu erziehen, wenn sie ihm nicht folge, und als sie ihn entsetzt zurückweist, sein Wort wahr. Im Moment hat er die Frau zur Unsterblichen seines großen Verlangens eingekleidet. Sie will ablehnen, weil sie sich schuld fühlt an Selbstmord, aber nun gefehlt ihr der Mann voller Angst seinen Platz ein und macht ihr klar, daß da er sich an Geldern des Landes vergriff, allein die Annahme ihn retten könne. Kräft schon im Augenblicke vom Verbrechen des Bild, das die Frau bisher von dem Manne hatte, so mehr noch sein niedriges Verhalten, als sie ihm Wünsche nachgegeben und die Erblichkeit angetreten hat. Und nun die Liebe zu dem Gatten auslisch, endt denn das Herz der Frau mit dem Tode, der das höchste, das Leben, um irdischen Weg warf. Der Mann ist es am Schluß hinaus, daß sie innerlich ihm ewig verbunden werde. Ob sie nun (wie Kora I) aus dem Hause geht, ist (wie Kora II) nicht, darauf gibt das Stück keine Antwort. Aber es ist auch gleichgültig. Das ganze Stück läßt sich, wo es nicht, wie in den ersten beiden Akten, durch allzu große Unwahrscheinlichkeiten und durch Langeweile verstümmt. Es läßt sich, da es von dem Herrn, nicht aus dem Derran kam. Die Weisen, die da dem Kompendien sich bewegen, haben Tinte, kein Blut in den Adern, sie wissen der Freund, eine im Leben ganz undenkbar Figur, die keine mit weicher Zurückhaltung in unbestimmten Umrisen lieblich blagener Charakteristika ist, den selbstschätzigen, brutalen, selbstherrlichen Herr hat für die Moratelle, die ihr ausgelassen war, nicht die anfangs nötige unbefümmerte Anblickheit, sie wirkt viel zu stark, als daß man glauben könnte, sie hätte ihres Mannes Charakter nicht schon nach vierzehn Tagen des Zusammenlebens völlig erkannt. Der Charaktergeber war sie in den letzten beiden Akten in der Entwicklung von der Enttäuschung zur neuen Liebesbeziehung.

Volksbühne

Volksbühne. Sonntag den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Aula der Kreisschule, Georgplatz 8. 1., veranstaltet die Volksbühne ihre 7. Vortragsreihe, die Keetshoben benommen sein wird. Einen Vortrag zur Würdigung des Meisters hält Dr. Hans Holtmann; eine Sonate für Klavier, op. 26, As-Dur, ferner ein Thema mit Variationen, op. 34, F-Dur, und das Nonno: Die Zeit über den verlorenen Groschen wird Gerhart Hauptmann vortragen. Eintritt für Mitglieder der Volksbühnschule 0,50 Goldmark, für Nichtmitglieder 1 Goldmark. Vortragsfolgen, die zum Eintritt berechtigen, in der Geschäftsstelle, Georgplatz 8. 1. (geöffnet: Montag bis Freitag von 10 bis 8 Uhr, Sonnabends von 10 bis 2 Uhr, außerdem Dienstags und Donnerstags, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, und am Saaleingang.

Residenz-Theater

Residenz-Theater. Die Einstudierung des schon früher im Zentral-Theater gegebenen „Legten Balgers“ von Oskar Strauß steht fastlich auf der Höhe, die man von einer modernen Dresdner Operettenbühne verlangen muß (Spielleitung: Carl Blumau). Diese Feststellung freut uns um so mehr, als gerade das vorübergehende Bild aus irgend welchen äußeren Mängeln heraus in dieser Beziehung nicht das gleiche Lob verdient. Der Eindruck des Wertes war wieder der, daß sich der musikalisch so solide Komponist, von dem man noch immer eine richtiggehende komische Oper erwartet, an dem spannungreichen Textbuch nicht so entzündet hat, wie es dieses verdient. Doch insofern gefast, könnte der Stoff recht gut als Opernlibretto verwendet werden. „Der letzte Balger“ wird von einem gräßlichen Delinquenten in der Nacht vor seiner Hinrichtung gelangt, und zwar mit einer Dame, die er vor den Jubringhalsseiten eines arbeitslosen Bringen geschäft hat, westwegen eben die schwere Strafe über ihn verhängt wurde. Natürlich wird der Graf gerettet. Das heitere Moment tritt hier stark zurück. Missi Durst, Grete Grill, Ida Kattner, Welfe und Müller. Veran der Operette ist sehr angenehm. Carl als Graf war wie üblich der siegende Operettenkönig; Rida von Paul mit ihrem mehr rufischen Sopran blieb ohne stimmliche Durchschlagkraft. Sie wußte dastellend allerdings von Akt zu Akt mit ihrer Aufgabe. Aber ihr Stimmcharakter weiß sie doch — wir müssen es nun nach wiederholter Beobachtung sagen — auf andre gelungene Aufgaben, als sie eine Operette stellt. Kunz, Krause hielt den musikalischen Apparat sicher zusammen.

Volksbühne

Volksbühne. Sonntag den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Aula der Kreisschule, Georgplatz 8. 1., veranstaltet die Volksbühne ihre 7. Vortragsreihe, die Keetshoben benommen sein wird. Einen Vortrag zur Würdigung des Meisters hält Dr. Hans Holtmann; eine Sonate für Klavier, op. 26, As-Dur, ferner ein Thema mit Variationen, op. 34, F-Dur, und das Nonno: Die Zeit über den verlorenen Groschen wird Gerhart Hauptmann vortragen. Eintritt für Mitglieder der Volksbühnschule 0,50 Goldmark, für Nichtmitglieder 1 Goldmark. Vortragsfolgen, die zum Eintritt berechtigen, in der Geschäftsstelle, Georgplatz 8. 1. (geöffnet: Montag bis Freitag von 10 bis 8 Uhr, Sonnabends von 10 bis 2 Uhr, außerdem Dienstags und Donnerstags, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, und am Saaleingang.

Volksbühne

Volksbühne. Sonntag den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Aula der Kreisschule, Georgplatz 8. 1., veranstaltet die Volksbühne ihre 7. Vortragsreihe, die Keetshoben benommen sein wird. Einen Vortrag zur Würdigung des Meisters hält Dr. Hans Holtmann; eine Sonate für Klavier, op. 26, As-Dur, ferner ein Thema mit Variationen, op. 34, F-Dur, und das Nonno: Die Zeit über den verlorenen Groschen wird Gerhart Hauptmann vortragen. Eintritt für Mitglieder der Volksbühnschule 0,50 Goldmark, für Nichtmitglieder 1 Goldmark. Vortragsfolgen, die zum Eintritt berechtigen, in der Geschäftsstelle, Georgplatz 8. 1. (geöffnet: Montag bis Freitag von 10 bis 8 Uhr, Sonnabends von 10 bis 2 Uhr, außerdem Dienstags und Donnerstags, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, und am Saaleingang.

Volksbühne

Volksbühne. Sonntag den 9. Dezember, vormittags 11 Uhr, in der Aula der Kreisschule, Georgplatz 8. 1., veranstaltet die Volksbühne ihre 7. Vortragsreihe, die Keetshoben benommen sein wird. Einen Vortrag zur Würdigung des Meisters hält Dr. Hans Holtmann; eine Sonate für Klavier, op. 26, As-Dur, ferner ein Thema mit Variationen, op. 34, F-Dur, und das Nonno: Die Zeit über den verlorenen Groschen wird Gerhart Hauptmann vortragen. Eintritt für Mitglieder der Volksbühnschule 0,50 Goldmark, für Nichtmitglieder 1 Goldmark. Vortragsfolgen, die zum Eintritt berechtigen, in der Geschäftsstelle, Georgplatz 8. 1. (geöffnet: Montag bis Freitag von 10 bis 8 Uhr, Sonnabends von 10 bis 2 Uhr, außerdem Dienstags und Donnerstags, nachmittags von 5 bis 7 Uhr, und am Saaleingang.

Theater

Neuester Schauspielhaus. Ueber Nacht, Borichs schauderhafte Schauspiel, das am Sonnabend am Albertplatz seine Aufführung erlebte, ist eines der ungewöhnlichen Stücke, die im Schatten des Aufgehobenen sind. Nicht das schrecklichste getuht; denn Borichs, wenn auch kein Dramatiker, immerhin ein Schriftsteller mit Erfahrung und Geschmadt; aber eben doch nur bloßes Epigonenwerk, das seiner Richtung über sein Vorbild hinauswacht, ja nicht einmal darüber hinaus zu will. Mit den drei Figuren Kora, Gelmer und R. Kant stellt sich Borichs eine neue Schandaufrage, indem er ihre Stellung zueinander ein wenig ändert. Nicht die Frau hat diesmal das Wort, sondern der Mann (der Anwalt ist der gleiche wie bei Iba), nicht verzweifelt, sondern begehrt tritt zu beiden der Freund mit dem „Anwalt“. In der Abenddämmerung überträgt er die schlafende Frau, der er einst seine Liebe nicht zu gestehen wagte, die er aber nun, da sie längst dem andern angehört, im Sturme an sich reißen will. Er droht, sich zu erziehen, wenn sie ihm nicht folge, und als sie ihn entsetzt zurückweist, sein Wort wahr. Im Moment hat er die Frau zur Unsterblichen seines großen Verlangens eingekleidet. Sie will ablehnen, weil sie sich schuld fühlt an Selbstmord, aber nun gefehlt ihr der Mann voller Angst seinen Platz ein und macht ihr klar, daß da er sich an Geldern des Landes vergriff, allein die Annahme ihn retten könne. Kräft schon im Augenblicke vom Verbrechen des Bild, das die Frau bisher von dem Manne hatte, so mehr noch sein niedriges Verhalten, als sie ihm Wünsche nachgegeben und die Erblichkeit angetreten hat. Und nun die Liebe zu dem Gatten auslisch, endt denn das Herz der Frau mit dem Tode, der das höchste, das Leben, um irdischen Weg warf. Der Mann ist es am Schluß hinaus, daß sie innerlich ihm ewig verbunden werde. Ob sie nun (wie Kora I) aus dem Hause geht, ist (wie Kora II) nicht, darauf gibt das Stück keine Antwort. Aber es ist auch gleichgültig. Das ganze Stück läßt sich, wo es nicht, wie in den ersten beiden Akten, durch allzu große Unwahrscheinlichkeiten und durch Langeweile verstümmt. Es läßt sich, da es von dem Herrn, nicht aus dem Derran kam. Die Weisen, die da dem Kompendien sich bewegen, haben Tinte, kein Blut in den Adern, sie wissen der Freund, eine im Leben ganz undenkbar Figur, die keine mit weicher Zurückhaltung in unbestimmten Umrisen lieblich blagener Charakteristika ist, den selbstschätzigen, brutalen, selbstherrlichen Herr hat für die Moratelle, die ihr ausgelassen war, nicht die anfangs nötige unbefümmerte Anblickheit, sie wirkt viel zu stark, als daß man glauben könnte, sie hätte ihres Mannes Charakter nicht schon nach vierzehn Tagen des Zusammenlebens völlig erkannt. Der Charaktergeber war sie in den letzten beiden Akten in der Entwicklung von der Enttäuschung zur neuen Liebesbeziehung.

Residenz-Theater

Residenz-Theater. Die Einstudierung des schon früher im Zentral-Theater gegebenen „Legten Balgers“ von Oskar Strauß steht fastlich auf der Höhe, die man von einer modernen Dresdner Operettenbühne verlangen muß (Spielleitung: Carl Blumau). Diese Feststellung freut uns um so mehr, als gerade das vorübergehende Bild aus irgend welchen äußeren Mängeln heraus in dieser Beziehung nicht das gleiche Lob verdient. Der Eindruck des Wertes war wieder der, daß sich der musikalisch so solide Komponist, von dem man noch immer eine richtiggehende komische Oper erwartet, an dem spannungreichen Textbuch nicht so entzündet hat, wie es dieses verdient. Doch insofern gefast, könnte der Stoff recht gut als Opernlibretto verwendet werden. „Der letzte Balger“ wird von einem gräßlichen Delinquenten in der Nacht vor seiner Hinrichtung gelangt, und zwar mit einer Dame, die er vor den Jubringhalsseiten eines arbeitslosen Bringen geschäft hat, westwegen eben die schwere Strafe über ihn verhängt wurde. Natürlich wird der Graf gerettet. Das heitere Moment tritt hier stark zurück. Missi Durst, Grete Grill, Ida Kattner, Welfe und Müller. Veran der Operette ist sehr angenehm. Carl als Graf war wie üblich der siegende Operettenkönig; Rida von Paul mit ihrem mehr rufischen Sopran blieb ohne stimmliche Durchschlagkraft. Sie wußte dastellend allerdings von Akt zu Akt mit ihrer Aufgabe. Aber ihr Stimmcharakter weiß sie doch — wir müssen es nun nach wiederholter Beobachtung sagen — auf andre gelungene Aufgaben, als sie eine Operette stellt. Kunz, Krause hielt den musikalischen Apparat sicher zusammen.

Konzert

Johannes und Kurt Striegler haben ihre Sonatenaufgabe in Trioabend ungewandelt. Dritter im Bunde ist Alois Cahn, Radel, der dem Violoncell mit gemandter Bogensführung wohlklingende Töne entlockt. Die Vortragsfolge dort Edmunds D. Wolf und Tschakowskys A-Moll-Trio, zwischen denen Dramas sinnige G-Dur-Sonate für Violine und Klavier stand — alles von den Spielern sorgfältig und erquicklich ausgeführt. Ihnen ist für das nummer wieder ins Werk geleitete Triospiel warm zu danken, das den Dresdner Anstreichenden sehr Aufzureden des unbegrenzten Wagner-Schneiders-Gotttermundtrios so sehr gefehlt hat.

Dresdner Kalender

Theater am 5. Dezember. Opernhaus: Iba (6 1/2). Volksbühne Nr. 6572 bis 6598. — Schauspielhaus: Knechtstube B: Schluß und Jau (7 1/2). Volksbühne Nr. 10087 bis 11032. — Residenz-Theater: Der letzte Balger (7 1/2). — Neues Theater (Kaufmannschaft) geschlossene Vorstellung (7 1/2).

Opernhaus. Infolge Erkrankungen im Künstlerpersonal Mittwoch nicht Die Götter, sondern Iba mit Höffel, Zerban, Stängner,

Pflichtarbeit der Erwerbslosen

Von Direktor Dr. Verschmann

machen." Die Folge derartigen falscher Gerüchte ist Konkurrenzunfähigkeit. Hier bietet sich den Außenhandelsstellen und Handelsvertretungen der auswärtigen Länder sowie den Konsularvertretungen im Auslande eine verdienstvolle Aufgabe. Daß derartige Ansichten, wie sie hier zum Ausdruck kommen, tödlich keineswegs begründet sind, ist uns ja klar. Dementsprechend müßten die genannten Stellen für eine Beruhigung und Klärung der öffentlichen Meinung sorgen.

Und wo stand das? Das stand auch im Dresdner Anzeiger! Er brachte es am 21. November in kleinster Schrift im wirtschaftlichen Teil verstreut, wo es die meisten Leser gar nicht gefunden haben werden. Drei Tage später als die zuerst zitierte Notiz bezeichnet er selbst diese tendenziösen Berichte über Sachsen als falsche Gerüchte, was ihn jedoch beileibe nicht gebindert hat, mit gepolterter Zunge dem Himmel und den Generälen dafür zu danken, daß die Reichswehr in Sachsen die „geordneten Zustände wieder hergestellt“ hat!

Panik auf dem Warenmarkt

Am Sonnabend machte sich auch in Dresden eine sinkende Tendenz der Fleischpreise bemerkbar, wenn auch nur in schwachem Maße. Am Montag trat diese Senkung noch mehr in Erscheinung. Die Preise für Fleisch fielen um durchschnittlich 15 Prozent, und zwar als Ergebnis der Preis auf dem Schlacht- und Viehmarkt. Dabei wirkte auch die Festlegung der Markt im Auslande mit und die Verhandlungen der Preisüberwachungskommission und der Wucherpolitik mit den Fleischern in Berlin. Sehr energisch wurden die Fleischler aufgefordert, niedrigere Richtpreise einzuhalten. Im Falle der Weigerung wurde energisches Vorgehen der Behörden in Aussicht gestellt.

Bemerkenswert ist das ganz plötzlich auftretende starke Angebot an Fettwaren. Noch vor wenigen Tagen waren diese so gut wie gar nicht zu haben. Jetzt aber sind die Auslagen der betreffenden Geschäfte und die Stände in den Markthallen mit Schweinefett, Speck, Margarine usw. vollgepfropft. Ein deutliches Zeichen dafür, daß die Waren in der Vorzeit in der Hoffnung auf noch höhere Preise künstlich zurückgehalten wurden. Speck, der noch in der vergangenen Woche 4 bis 5 Millionen Mark kostete, ist auf etwa 2 1/2 Millionen Mark herabgefallen. Schweinefett, das 2 Millionen Mark das Pfund kostete, hat nun einen Preis von 1500 bis 1600 Millionen Mark. Der Preis für ein Stück Butter, für das man noch am Sonnabend über 2 Millionen Mark forderte, hat um durchschnittlich 300 Millionen Mark nachgelassen. Auf dem Fleischmarkt macht sich nur eine leichte Senkung der Preise bemerkbar. Aber auch hier ist das Angebot stark. Brot und Milch, ebenso Obst, Grünwaren, Kolonialwaren zeigen fast durchgängig die alten Preise.

Es ist sehr notwendig, daß die Lebensmittelpreise, die allgemein eine durchaus unzureichende Höhe erreicht hatten, durch eine planmäßig fortgesetzte Preisentlastung auf einen Stand heruntergedrückt werden, der als angemessen bezeichnet werden kann. Es muß unbedingt darauf gedrungen werden, daß die Preise, die mit dem Kurs des Dollars im Auslande und über ihn hinaus jeden Tag steigen und beim Bleibenden des Dollars die aufwärtssteigende Tendenz beibehalten, nun so weit heruntergedrückt werden, wie es der Wirtschaftslage entspricht, und daß die unerhörten, angelegten der Not des Volkes wirtschaftlich und sozial unbilligen Gewinne bei allen Nahrungsmitteln und Bedarfsartikeln beschnitten werden.

Wuchergericht

Der Produzent Oskar Paul Burkhardt, der im Februar eine Saite zu teuer verkauft hatte, aber nachträglich besorgt, sich gegen die Preisbremsbewegung vergangen zu haben, wurde zu 5 Millionen Mark Geldstrafe verurteilt.

Ungenehmigen Handel mit Kartoffeln, Kraut und Kappeln hatte der Kaufmann Oskar Mai getrieben, bevor er die hierzu erforderliche Genehmigung des Wuchergerichts warf hierfür 3 Millionen Mark Geldstrafe aus.

Wegen Zurückhaltung von Waren wurden dem Händler Arthur Kasse nach umfangreicher Beweiserhebung vom Wuchergericht 6 Wochen Gefängnis und 6 Millionen Mark Geldstrafe auferlegt, auch werden große Mengen Lebensmittel aller Art, wie 26 Tonnen Mehl usw. ufm., eingezogen. Das Urteil ist in sämtlichen Dresdner Tageszeitungen zu veröffentlichen.

Ungenehmiger Großhandel mit Lebensmitteln, Kettenhandel und Preissteigerung wurde dem 1896 zu Strafe geborenen, in Dresden wohnhaften Kaufmann Kurt Adolf Franke zur Last gelegt. Das Urteil des Wuchergerichts lautet auf 6 Wochen Gefängnis und 100 Millionen Mark Geldstrafe, Einziehung der sämtlichen beschlagnahmten Waren und Veröffentlichung des Urteils in der Dresdner Volkszeitung und im Anzeiger.

Eine Textilausstellung in Dresden. Die Jahreschau Deutscher Arbeit plant nach Fühlungnahme mit der zinschlägigen Industrie als dritte Jahreschau im Sommer 1924 in Dresden eine Textilausstellung. Es ist gedacht, die Ausstellung zunächst nur der wichtigsten Textilindustrie zu widmen. Trotz den Schwierigkeiten der Zeitverhältnisse sind die Vorbereitungsarbeiten in Angriff genommen worden. Mehr als auf den beiden vergangenen Ausstellungen wird auf der Textilausstellung 1924 Wert gelegt werden auf die Durchführung der Produktion und auf den Nachweis des volkswirtschaftlichen Wertes der genannten Industrie und auf geschichtliche und wissenschaftliche Darstellungen.

Haftliche Reichsbanknoten über 50 Milliarden Mark, 500 Milliarden Mark und 1 Billion Mark. Von den in letzter Zeit ausgegebenen Reichsbanknoten über 50 Milliarden Mark mit dem Datum des 10. Oktober 1923, über 500 Milliarden Mark mit dem Datum des 28. Oktober 1923 und über 1 Billion Mark mit dem Datum des 1. November 1923, die ihren Schutz in einem natürlichen Wasserzeichen und in den im Papierstoff eingebetteten Pflanzenfasern tragen, sind Fälschungen ausgetauscht, die als solche an der mangelhaften Nachahmung oder dem Fehlen der Sicherheitsmerkmale — Wasserzeichen und Pflanzenfasern — un schwer zu erkennen sind. — Für die Aufdeckung von Fälschungsmerkmalen und dahin führende Angaben zählt die Reichsbank hohe Belohnungen.

Ein Ortsgespräch am Herzogstr. 15 Goldpennige. Wie bereits gemeldet wurde, sind die Grundbeiträge für den Telegraphen- und Fernsprechverkehr mit Wirkung vom 1. Dezember an um 50 b. h. erhöht worden. Demnach beträgt seit dem 1. Dezember der Grundpreis für ein Gespräch im Ortsverkehr 0,15 M., für ein Gespräch im Vorort- oder Bezirksverkehr 0,30 M. Diese Sätze sind mit dem Wert der Steuermark zu verrechnen.

Radio-Kundfunk. Eröffnung der Rundfunkstation in Dresden. Nachdem das Postwesen in Deutschland außerordentlich gute Aufnahme gefunden hat und die Öffentlichkeit darauf wartet, die Einrichtungen und den Kundfunk der Provinz kennen zu lernen, hat sich der Verband Deutscher Radiomontage Dresden unter Mitwirkung der Oberpostdirektion entschlossen, Sonntag den 8. Dezember 1923, vormittags 11 Uhr, in der Hilmstraße im Ausstellungspalast, Etübelallee einen öffentlichen Radio-Unterhaltungs-Kundfunk zu veranstalten. Gleichzeitig findet die Aufführung Dresdner Industriefestspiele statt.

Wochenmarkt im Heimaufbau. Im Sitzungssaal des Heimaufbaues, Dresden-K., Schlegelstr. 24, 1., wurde auch dieses Jahr wieder eine Spielwarenverkaufs-Ausstellung aufgemacht, in der vornehmlich die Erzeugnisse der sächsischen Spielwarenindustrie zu sehen sind. — Donnerstag den 20. Dezember veranstaltet der Landesverein Sächsischer Heimaufbau im Heimaufbau einen Weihnachtsabend mit Gesangs- und Vorträgen von Ottomar Essing.

Gemäß § 9 der Verordnung vom 15. Oktober 1923 (R.-G.-Bl. 684) hat der Verwaltungsausschuß des öffentlichen Arbeitsnachweises die Erwerbslosenunterstützung von einer Arbeitsleistung abhängig zu machen. Damit ist erstmalig der Grundsatz aufgestellt, daß der Bezug von Erwerbslosenunterstützung eine Arbeitspflicht voraussetzt und etwaige Verweigerung der Pflichtarbeit den Entzug der Erwerbslosenunterstützung zur Folge hat. Die Beschäftigung des Pflichtarbeiters ist kein Arbeitsverhältnis, sondern eine Form der Erwerbslosenfürsorge. Seine Arbeit stellt die Gegenleistung für die Unterstützung dar, die er erhält.

Die Pflichtarbeiten selbst müssen gemeinnützig sein, d. h., sie müssen von öffentlichen Körpern oder in Erfüllung gemeinnütziger Aufgaben getragen werden. Vornehmlich kommen dabei solche Arbeiten in Frage, die ohne die Möglichkeit der Pflichtarbeit nicht durchgeführt werden können. Ausnahmsweise wird solche gemeinnützige Arbeit auch in privaten Unternehmungen geleistet werden können, wenn auf jede Verdienstmöglichkeit seitens des Unternehmers verzichtet wird.

Die bisher gepflogenen Verhandlungen haben ergeben, daß bei der Stadt Dresden zahlreiche Beschäftigungsmöglichkeiten für Erwerbslose vorhanden sind, wenn auch mit Rücksicht auf die Finanzlage der Stadt Arbeiten größeren Umfangs infolge der außerordentlich hohen Kosten, die für Materialbeschaffung und die Durchführung der Arbeit selbst entstehen, nicht ausgeführt werden können. Die Stadt Dresden denkt u. a. zunächst an eine Reihe von hoch- und tieferenmündigen Arbeiten wie Anstrich-erneuerung in öffentlichen Gebäuden, Beseitigung von Senkgruben, Verschmutzung und Verbesserung von Schulplätzen und Durchführung von Kanal- und Straßenbauten. Ferner wird die Schneebeseitigung regelmäßig unter Aufnahme von Pflichtarbeitern ausgeführt. Im übrigen bieten sich in den zahlreichen städtischen Geschäftsstellen noch weitere Möglichkeiten, Pflichtarbeiter zu beschäftigen, und zwar vornehmlich auch Angehörige solcher Berufe, die für Außenarbeiten nicht in Frage kommen (Hofbedienten zur Aufrechterhaltung von Hofstätten, Aufsicht in den Bäumen, in öffentlichen Beschaffen und dergleichen mehr).

Auch von den übrigen Gemeinden des Arbeitsnachweisbezirks sind Vorschläge zur Beschäftigung von Pflichtarbeitern gemacht worden. In den Gemeinden kommen im wesentlichen die Instandhaltung von Straßen und Wegen, Hilfsarbeiten bei der Unterhaltung öffentlicher Grundstücke, Wirtshäuser bei Straßenreinigungen und andere gemeinnützige Beschäftigungen in Frage. Der Staat wird ebenfalls von der Möglichkeit der Pflichtarbeit durch Erwerbslose Gebrauch machen und z. B. die Wirtshäuser bei der Unterhaltung der Staatsstraßen durch Pflichtarbeiter besetzen lassen, die Fortwacung von Eisenbahnen vornehmen können, ebenso wie zu wünschen ist, daß sich im Bereiche der Eisenbahn und Post auch Möglichkeiten für gemeinnützige Beschäftigung der Erwerbslosen finden werden.

Der beim öffentlichen Arbeitsnachweis Dresden eingesehete Unterworschau hat für die Durchführung der Pflichtarbeit folgende Grundsätze

- 1. Für die in jeder Woche empfangene Erwerbslosenunterstützung sind 20 Pflichtstunden zu leisten. Die seit 1. November 1923 gezahlte Unterstützung kann hierbei angerechnet werden.

15 Obdachlose verhaftet. Am Sonntag zogen 15 jugendliche Obdachlose unter Abhängen kommunistischer Plakate über die Augustusbrücke, augenscheinlich um sich nach dem Obdachlosenrat zu begeben. Sie wurden von der Stadtpolizei festgenommen.

Dresdner Umgebung

Verkehrseinschränkungen im Dresdner Westen

Die Verkehrseinschränkungen für den Dresdner Westen sind derzeit schwer, daß sie von der Bevölkerung keineswegs stillschweigend hingenommen werden können. Am 12. November hat die Reichseisenbahn den Fahrplan eingeschränkt. Es wird nicht verkannt, daß aus der veränderten Verkehrslage und aus Sparmaßregeln gewisse Einschränkungen erforderlich sind. Bei den Einschränkungen darf aber nicht außer acht gelassen werden, daß der Verkehr von und nach der Großstadt für die Vorstädte und Vororte eine andre Bedeutung hat als für abgelegene Ortschaften. Die Einschränkungen in dem Eisenbahnfahrplan geben den Vorstädten und Vororten im Dresdner Westen eine untragbare Beschränkung. So ist auf der Strecke Dresden—Cotta—Cottbus—Waldthaus in den Abendstunden von 7.30 Uhr bis 11.20 Uhr keine Verbindung gegeben. Wer also den Zug 7.30 Uhr nicht erreichen kann, der muß 4 Stunden warten, ehe ihn die Eisenbahn befördert. In der Rückverbindung ist es so, daß der letzte Abendzug im Hauptbahnhof 9.21 Uhr einfährt.

Zu diesen Einschränkungen der Eisenbahn kommt noch, daß die Straßenbahnlinie Cotta—Cottbus ab 8. Dezember stillgelegt wurde. Diese Stilllegung kündigt die Straßenbahnverwaltung am 1. Dezember für den 3. Dezember an. Die Bevölkerung hätte wahrlich erwarten können, daß eine so tief in den Verkehr einschneidende Maßnahme der Bevölkerung früher bekanntgegeben worden wäre. Der Verkehr von und nach der Großstadt ist so vielfach, daß die Bevölkerung im Dresdner Westen beanspruchen kann, daß bei Einschränkungen in den Verkehrsmitteln die erforderliche Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse genommen wird.

Was sagt zu solchen Beschränkungen in Verkehr der Rat zu Dresden, insbesondere für seine neu eingemeindeten Orte von Waldthaus bis Giesdorf? Soll der Dresdner Westen ein Stiefkind der Großstadt in der Verkehrsverbindung werden? Es ist nötig, daß sich die zuständigen Stellen mit diesen Verhältnisse auseinandersetzen und daß mindestens bei der Eisenbahn eine angemessene Erweiterung des Fahrplanes schnellstens durchgeführt wird.

Aus dem Parteileben

Groß-Dresden

Gruppe Sorbitz. Morgen Mittwoch, 7 Uhr, im Jugendheim, Niedergärtner Schule. Deimabend. Werner Kurt erzählt von der Wolze. Eltern und Gäste sind herzlich willkommen.

Cottbus, Steglitz, Romy und Umgebung. Morgen Mittwoch, abends 7 Uhr, in der Schule zu Steglitz wichtige Mitgliederversammlung. Genosse Ernst Schulze, Cottbus, berichtet vom Landesparteitag. Die Mitglieder werden ermahnt, pünktlich und vollständig zu erscheinen.

Waldthaus-Eld. Gruppe 6. Freitag den 7. Dezember, abends 7 Uhr, im Eisenhof, Frankfurterstr. 44, Ostbahnhof (also nicht bei Maudsch!), Gruppenversammlung. Vortrag des Genossen Wendt: Die Aufgaben der großen französischen Revolution. Bericht vom Landesparteitag. — Sonnabend den 28. Dezember freihalten!

Dresden-K., Gruppen 1 bis 6 und Waldthaus. Morgen Mittwoch, 7 1/2 Uhr. Versammlung im Jugendheim. Mitgliedsbuch ist vorzulegen.

Gruppenverband Altstadt, Franse. Donnerstag den 8. Dezember, abends 7 1/2 Uhr, im Restaurant Kopal, Röllnerstr. 35, Frauenabend. Genosse Hilgert wird einen Vortrag halten. Da im zweiten Punkt wichtige geschäftliche Angelegenheiten erörtert werden, ist das Erscheinen der Genossinnen der Gruppen 1 bis 8 dringend erforderlich.

2. Alle Erwerbslosen haben die gleiche Zahl von Pflichtstunden zu leisten, ohne Rücksicht auf die Höhe der empfangenen Unterstützung, also z. B. Ledige dieselbe Zahl wie Verheiratete.

3. Die Pflichtarbeiten sollen in voller achtstündiger Arbeitszeit, können jedoch auch stundenweise beschafft werden. Die Arbeitszeit darf sechs geschlossene Arbeitstage nicht übersteigen. Bei Festsetzung der täglichen Pflichtstundenzahl wird auf den Gesundheits- und Ernährungszustand der Erwerbslosen Rücksicht genommen.

4. Möglichst häufiger Wechsel der Pflichtarbeiter ist anzustreben.

5. Außer der Erwerbslosenunterstützung werden für die geleistete Pflichtarbeit Sonderunterstützungen nicht gezahlt. (Wertungsgeld siehe Ziffer 9.)

6. Die Pflichtarbeiter sind aus Mitteln der Erwerbslosenfürsorge gegen Krankheit versichert. Die Versicherung gegen Unfall hat, sofern der Betrieb unfallversicherungspflichtig ist, in jedem einzelnen Falle durch die die Pflichtarbeit vornehmende Stelle (z. B. Gemeinde) zu erfolgen.

7. Der Bezug der Erwerbslosenunterstützung oder der Abschlagzahlung darf durch die Pflichtarbeit keine Unterbrechung erleiden. Die Pflichtarbeiter sind entweder an der Kostenstelle mit Vorbehalt oder bei der regelmäßigen Zahlung bezugsabfertigen; auch kann bei Pflichtarbeiten mit einer größeren Zahl von Beschäftigten die Auszahlung der Unterstützung an der Arbeitsstelle erfolgen.

8. Der Arbeitgeber hat für die Wochentage, an denen Pflichtarbeit geleistet wurde, in den grünen Kontrollkarten des einzelnen Erwerbslosen durch Stempel oder handschriftlichen Eintrag des Vermerks „Pflichtarbeit“ die Ausführung der Pflichtarbeit zu bescheinigen. Die Nachprüfung dieser Bescheinigung erfolgt durch den öffentlichen Arbeitsnachweis, bei dem sich der Pflichtarbeiter am nächsten Tage nach Beendigung der Pflichtarbeit zu melden hat.

9. Arbeitsgeräte aller Art stellt der Arbeitgeber. Sofern eigenes Werkzeug verlangt wird, ist die tarifliche oder berufliche Entschädigung zu bezahlen.

10. Arbeitskleidung kann für Pflichtarbeit in keinem Falle gewährt werden.

11. Die Arbeitgeber sind verpflichtet, dem öffentlichen Arbeitsnachweis Mitteilung zu machen über die Art der Arbeit, Namen der beschäftigten Pflichtarbeiter, Zahl der von jedem Einzelnen geleisteten Arbeitsstunden, über Fortbleiben von der Pflichtarbeit u. a. m.

12. Auskünfte für Pflichtarbeit: Öffentlicher Arbeitsnachweis Dresden, Marienstraße 17, Telefon 25881 und dessen Nebenstellen.

Mit der Einführung der Pflichtarbeit ist die Möglichkeit gegeben, wenigstens einen Teil der bedeutenden Summen, die für die Erwerbslosenunterstützung aufzubringen sind, in produktive Arbeit umzuwandeln. Es wird von niemand mehr als von den Erwerbslosen selbst begrüßt werden, daß ihnen, solange der freie Arbeitsmarkt eine hinreichende Arbeitsmöglichkeit nicht bietet, Gelegenheiten gegeben sind, sich für die empfangene Erwerbslosenunterstützung bei gemeinnützigen Arbeiten zu betätigen. Neben dem praktischen Wert dieser Arbeiten steht der ideale: in Zeiten größter wirtschaftlicher Not mithelfen zu haben an der Aufrechterhaltung unseres Wirtschaftslebens.

Kinderjugendkommission Neustadt. Morgen Mittwoch Spieltag im Jugendheim. Handarbeiten und Spiele mitbringen.

Jungvolkstr. Neustadt. Dienstag den 4. Dezember im Heim Vortrag über: Die Reichsverfassung. Anfang Punkt 7 1/2 Uhr.

Sozialistische Arbeiterjugend Groß-Dresden

Gefunden worden sind zum Vortragsabend am 28. November im Vereinshaus ein Paar Handschuhe.

Verloren wurde ein Wollkleidungsstück. (Der übriggebliebene Handschuh hat große Ähnlichkeit nach seinem verlorenen Bruder.) Es zuholen und abzugeben im Jugendsekretariat Reime Plauenstr. 40 v.

Sport + Spiel + Körperpflege

Arbeiter-Turn- und Sportbund. Bezirk Dresden. Freier Turn- und Sportverein Dresden (Witzg., Blauen). Die Beiträge werden jetzt in der Halle fällig, und zwar in der ersten Woche im Monat. Spätere Zahlungen werden werblich unabhängig umgerechnet. 8. Dez. Winterabend, Kirchberg, 7 1/2 Uhr, für Mitglieder und deren nächste Angehörige. — Freier Turnerschaft Baditz. Turnrunde am Freitag (8 Uhr), Freitag (8 Uhr) und Sonnabend (7 Uhr) Kinder-Turnveranstaltungen im Goldenen Kamm. — Rastbachklub: Rastbach 1—Waldthaus 1:5:4.

Rastbachklub. Neustadt 1—Radeberg 1:3:2, Neustadt 2 gegen D. S. 8:2:2, Neustadt 4—Riederwitz 2:4:0, Neustadt Alte Herren—Baditz Alte Herren 3:4, Neustadt 1 Jug.—Waldthaus 1 Jug. 1:1, Neustadt 2 Jug.—Cotta 2 Jug. 0:4, Neustadt 3 Jug. gegen D. S. 8:3 Jug. 1:0.

Arbeiter-Turnklub. Bezirk Dresden. 8. Dez. 7 1/2 Uhr. Sitzung, Restaurant Heilbar, Bischofsweg 18.

Arbeiter-Rastbach-Bund. Mitgliedschaft Dresden. Beitrag für Dezember: Jugendliche 40 Goldpennig, Genossinnen 60 Goldpennig, Genossen 80 Goldpennig. Die nächste Bundeszeitung erscheint voraussichtlich am 1. Januar. Generalversammlung 18. Januar, nachm. 8 Uhr, Volkshaus. Beiträge müssen bis zum 20. Dez. schriftlich eingereicht werden. Abteilungsveranstaltungen im Dezember: Altstadt: 7. Dez., Freiaufschau, Körnerstr. Cotta: 5. Dez., Anter, Klopffeldstr. Baditz: 8. Dez., Wandörfer, Homiluststr. Kötzschau: 8. Dez., Witzgarten, Läderer Str. Neustadt: 8. Dez., Restaurant Kotte. Striesan: 11. Dez., Landthaus, Witzgartenstr. Rastbachklub: 11. Dez., Freiaufschau. In diesen Veranstaltungen sind alle Neuwahlen vorzunehmen und der Bezirkskommission bekanntzugeben. — Mitgliedschaft Langebrück. 7. Dez. 7 1/2 Uhr. Generalversammlung in der Schule.

Wettervorhersage für den 5. Dezember

Wolkig bis trüb, zeitweise Niederschläge (Niederschlag Regen) Temperatur vorwiegend über Gefrierpunkt, Winde aus westlichen Richtungen, schwach bis mäßig mit der Höhe an Stärke zunehmend.

Wetterlage: Hoher Druck lagert heute morgen über Spanien und Ostasien. Das übrige Europa hat tiefen Druck. In Deutschland herrscht vorwiegend trübes, nebligtes Wetter und vereinzelt fallen Niederschläge. Die gestern vom atlantischen Ozean gemeldete Depression ist jetzt ostwärts vorgedrungen; ihr Warmfrontgebiet liegt in der Höhe über England und Nordwestfrankreich und ein Regengebiet zieht sich von Nordwest bis Südfrankreich. Bald werden auch unser Gebiet, das auf die kalten Luftmassen des Kontinents auflieft, warme Luftmassen erreichen und Temperaturanstieg mit Niederschlägen bringen.

Bereins- und Veranlassungs-Kalender

43. Volkshaus, Baditz. Mittwoch den 5. Dezember, abends 8 1/2 Uhr. Vortrag in der Turnhalle der 43. Volkshaus. Referent: Herr Ernst Dr. Schmidt, über den Gesundheitszustand unserer Kinder. Alle Eltern sind herzlich eingeladen.

Anzeigen für den Veranlassungs- und Vereinskalendar sind bis spätestens 9 Uhr vormittags bei der Anzeigenabteilung einzuwerfen.